

Geschichte Abiwissen

Inhaltsverzeichnis

- 1 Politische Revolutionen der Moderne im Vergleich
 - 1.1 US-Amerikanische Unabhängigkeitsbewegung
 - 1.1.1 Unabhängigkeitskrieg
 - 1.1.2 Merkmale des neuen Staates
 - 1.1.3 politische Revolution oder nicht?
 - 1.1.4 Bedeutung
 - 1.1.5 Bürger- und Sezessionskrieg
 - 1.2 Französische Revolution
 - 1.2.1 Revolution und Gründung der Republik
 - 1.2.2 Bedeutung
 - 1.2.3 Auswirkungen und Folgen
 - 1.3 Russische Revolutionen
 - 1.3.1 Vorgeschichte und Revolutionen 1905
 - 1.3.2 Februarrevolution 1917
 - 1.3.3 Oktoberrevolution
 - 1.3.4 Ausbau des leninistisch-stalinistischen Herrschaftssystems
 - 1.4 Revolutionstheorien und Modernisierungsbegriff
 - 1.4.1 Revolutionsdefinition
 - 1.4.2 Moderne Zeiten - Drei Schlüsselereignisse der Moderne
 - 1.4.3 Moderne - Begriff der "entfalteten Industriegesellschaft" seit der Jahrhundertwende
 - 1.5 Vergleich
 - 1.5.1 Zwei Wertesysteme: Individualismus - Kollegialprinzip
 - 1.5.2 Drei Wege in die Moderne
 - 1.5.3 Vergleich Amerikanische - Französische Revolution
 - 1.5.4 Bürgerliche Revolution - Sozialistische Revolution
 - 1.6 Daten und Begriffe
- 2 Die demokr. und nat. Bewegung in Auseinandersetzung mit dem Obrigkeitsstaat
 - 2.1 Vormärz
 - 2.1.1 Auswirkungen der Französischen Revolution und Napoleons
 - 2.1.2 Revolution von oben
 - 2.1.3 Wiener Kongress und Restauration
 - 2.1.4 Restaurationspolitik - Karlsbader Beschlüsse
 - 2.1.5 Liberalismus, Nationalismus und bürgerliche Öffentlichkeit
 - 2.1.6 Badische Regional- und Landesgeschichte
 - 2.2 Revolution von unten und Versuch der parlamentarisch-demokratischen Nationalstaatsbildung
 - 2.2.1 Ursachen der Revolution 1848/49
 - 2.2.2 Verlauf der Revolution
 - 2.2.3 Badische Regional- und Landesgeschichte
 - 2.2.4 Nationalversammlung in der Paulskirche
 - 2.2.5 Das Scheitern der Revolution
 - 2.2.6 Bedeutung für die demokratische Entwicklung Deutschlands
 - 2.3 Gründung des Kaiserreiches
 - 2.3.1 Einigungskriege
 - 2.3.2 Bedingungen der Reichsgründung
 - 2.3.3 Verfassung und Grundlagen des politischen Systems
 - 2.3.4 Verfassungsvergleich
 - 2.4 Daten und Begriffe
- 3 Pol. und gesellschaftliche Entwicklung in Bundesrepublik und DDR
 - 3.1 innere Entwicklung der Bundesrepublik 1949 - 1989
 - 3.1.1 Ära Adenauer 1949 - 1963
 - 3.1.2 Kanzlerschaft Ludwig Erhards 1963 - 1966
 - 3.1.3 Große Koalition

- 3.1.4 Die Sozial-liberale Koalition 1969 - 1982
 - 3.1.5 Zeit der christlich-liberalen Koalition
 - 3.2 Geschichte der DDR
 - 3.2.1 Aufbau des Sozialismus zur Zeit Ulbrichts
 - 3.2.2 Ära Ulbricht
 - 3.2.3 Ära Honecker
 - 3.3 Innerdeutsche Beziehungen
 - 3.4 Vergleichs- und Interpretationswissen
 - 3.4.1 Entwicklung der beiden Staaten im Hintergrund des Kalten Krieges darstellen
 - 3.4.2 Vergleich: unterschiedliches politisches Leben als Resultat der unterschiedlichen politischen Systeme
 - 3.4.3 Interdependenz von innenpolitischer Entwicklung und außenpolitischer Integration
 - 3.5 Daten und Begriffe
 - 3.5.1 Aufstand in der DDR am 17. Juni
 - 3.5.2 Bau der Berliner Mauer
- 4 Die staatliche Einheit
 - 4.1 Zusammenbruch der DDR
 - 4.1.1 Demokratisierung des Ostblockes
 - 4.1.2 Zusammenbruch des SED-Regimes
 - 4.1.3 Ausbruch und Verlauf der Revolution
 - 4.1.4 Fall der Mauer
 - 4.2 Die deutsche Einigung
 - 4.2.1 Internationaler Rahmen
 - 4.2.2 Nationale Gestaltung
 - 4.2.3 Chancen und Probleme im Vereinigten Deutschland
 - 4.3 Daten und Begriffe

Politische Revolutionen der Moderne im Vergleich

Offizielle Formulierung:

Die Schülerinnen und Schüler können

- die politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen in Nordamerika beziehungsweise den USA im 18. und 19. Jahrhundert sowie Ziele, Wege und Folgen der Französischen Revolution beschreiben und analysieren;
- die Bedeutung der Amerikanischen und der Französischen Revolution für die Entwicklung der modernen Demokratien vergleichen und bewerten;
- Verlauf und Ergebnis der russischen Revolutionen des Jahres 1917 beschreiben, den Weg der sozialistischen Neuordnung erklären sowie Ausbau und Kennzeichen der stalinistischen Diktatur beurteilen;
- verschiedene Revolutionsbegriffe erklären und beurteilen.

Daten und Begriffe: 1775-1783 Amerikanischer Unabhängigkeitskrieg; 1776 Unabhängigkeitserklärung; 1787 Verfassung der USA; 14.7.1789 Sturm auf die Bastille; 1861-1865 Sezession und Bürgerkrieg; 1917 Oktoberrevolution; 1924 Tod Lenins; 1929-1953 Herrschaft Stalins; Frontier; Manifest destiny; Bolschewiki; Menschewiki; Sowjet; Weltrevolution; Sozialismus in einem Lande; Marxismus – Leninismus; Bürgerliche Revolution – Sozialistische Revolution

US-Amerikanische Unabhängigkeitsbewegung

Unabhängigkeitskrieg

- amerikanisches Selbstverständnis, Kaufleute und Auswanderer
- 17. Jhd.: brit. Regierung übernimmt Kontrolle über Kolonien
- 1750: 1 Mio Siedler in amerik. Kolonien
- 1756-63: Siebenjähriger Krieg lässt Englands Staatsschulden anwachsen:
- Zahlungen der Kolonien gefordert; 1765 "Stempelsteuer", später hohe Einfuhrzölle

Verlauf:

- erst passiver Widerstand und Boykott der Bevölkerung; 1773 "Boston Tea Party"
- Forderung nach eigener Vertretung "no taxation without representation"
- weitere Repression durch England
- Vereinigung der Kolonien auf gemeinsame Verteidigung gegen England als Folge
- Abbruch der Handelsbeziehungen mit England
- 1. Kontinentalkongress: George Washington wird Oberbefehlshaber der aufständischen Miliz
- Beginn eines 8jährigen Unabhängigkeitskrieges
- 1776: Unabhängigkeitserklärung - neben Verfassung (1789) wichtigstes Dokument der amerik. Geschichte: Rechtfertigung des Krieges als gerechten Krieg zur Herstellung der Freiheit
- Unterstützung durch Frankreich, Spanien und Holland

Ergebnisse:

- 1783: Friedensvertrag von Paris: englische Anerkennung der Unabhängigkeit
- Errichtung nationaler Unabhängigkeit und Selbstständigkeit
- politische Revolution → aristokratische Privilegien abgeschafft
- Kontroverse Geschichtsschreibung zwischen nat. Unabhängigkeit und/oder sozialer Revolution

Merkmale des neuen Staates

- alle Menschen sind gleich
- Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück
- Anerkennung unveräußerlicher Menschenrechte
- Prinzip der Volkssouveränität

⇒ Ideen der Aufklärung zusammen mit Ersetzung der Fremdherrschaft Englands durch eigene, selbstbestimmte Kräfte

Verfassung (1789):

- Volkssouveränität: "Alle Macht geht vom Volk aus". Wahrecht schrittweise erweitert: 1870 schwarze Minderheit, 1920 Frauen, 1924 Indianer
- Gewaltenteilung: "checks and balances" System des organisatorischen Zusammenwirkens unabhängiger Organe
- Repräsentativsystem: Kongress und Präsident durch Volk legitimiert
- Grundrechte: Menschenrechte, Widerstandsrecht

⇒ staatsrechtliche Revolution, moderne und freie Demokratie, Republik

Manifest destiny ("Offenkundige Bestimmung"):

- Grundlage: puritanischer Auserwähltheitsglaube
- Selbstbestimmung in Staat und Politik: Freiheit = Ausdehnung
- Selbstbestätigung in der Wirtschaft: Pioniergeist - Arbeit / Selbstgenügsamkeit / Disziplin

- Selbstbehauptung in der Gesellschaft: "American Dream" - Glaube an Chancengleichheit, "Streben nach Glück"
- Selbstvervollkommung im Individualismus: sittlicher Individualismus der patriotischen Wertvorstellung wirken auf die Politik
- Konkret: Bestimmung das Land bis zum Pazifik zu erschließen / Begründung imperialistischer Politik im 19. Jhd.

⇒ zivilisatorisches Sendungsbewusstsein der Amerikaner, nationales Selbstverständnis

Frontierbewegung:

- das Ständige Vorrücken des Grenzbereiches nach Westen
- Pioniergeist bei Besiedelung
- Indianer sind Opfer der Frontierbewegung

⇒ amerikanisches Selbstbewusstsein bis heute übertragen "New Frontier" (Kennedy)

politische Revolution oder nicht?

Abweichungen vom Revolutionsbegriff:

- keine Unterdrückung der Bevölkerung (mit Ausnahme der Sklaven) in den Kolonien ⇒ kein "Klassenkampf"
- Bevölkerung der Kolonien war nicht unmittelbar unterdrückt, sondern eigentlich frei
- keinen 3. Stand, keine zahlenmäßig große Bauernklasse (→Vgl. Europa)
- keine existentielle Krise der Landbevölkerung
- Kolonialsteuern und Repressionen hatten keine finanzielle Krise des Systems zur Folge
- keine fundamentalen Veränderungen und Umwälzungen in der Gesellschaftsstruktur als Folge
- Entwicklungsstufentheorie stimmt nicht überein

⇒ keine sozialpolitische Gesellschaftsrevolution laut Marx' Historischen Materialismus

- Grund war Konflikt zwischen den Kolonien und der Kolonialmacht England
- Steuern, Zölle und Abgaben an England → kommerzielle Gründe
- man wollte sich vom Mutterland trennen
- Zusammenschluss zu einer einzigen politischen Einheit

⇒ "Revolution" nach Außen hin, nur Unabhängigkeitserklärung, nationale Frage

Übereinstimmung mit dem Revolutionsbegriff:

- Unabhängigkeitserklärung und Verfassung von 1789 enthält revolutionäres: Ideen der Aufklärung
- Verfassung: Menschenrechte, Gleichberechtigung, Gewaltenteilung, Repräsentativsystem, Volkssouveränität
- ein neues aristokratisches System konnte nicht entstehen

⇒ Ergebnis und Auswirkung der Unabhängigkeitsbewegung war revolutionär, aber nicht der Weg

Bedeutung

- Amerikanische Verfassung und die ersten Schritte der Demokratie werden Vorbild in Europa:
 - für eine Gesellschaftspolitische "Anwendung" oder "Umsetzung" der Ideen der Aufklärung
 - Vorreiterideal für eine Demokratische Verfassung in der franz Revolution
 - Interesse im Vormärz, bürgerliche, Verfassungsrevolution beabsichtigt

⇒ Eigene Ideen der Aufklärung sollten nun in Europa endlich umgesetzt werden für Demokratie, Volkssouveränität und Menschenrechte

Bürger- und Sezessionskrieg

Gründe:

- Sklavenfrage im 19. Jhd.:
 - Norstaaten hochindustrialisiert ohne Sklaven (1807 abgeschafft); hohe Produktivität (10 mal höhere Industrieproduktion)
 - Südstaaten Plantagen-Landwirtschaftlich unindustrialisiert, "brauchte" Sklaven für die Wirtschaft (Südstaaten lebten vom Baumwollexport)
 - Abraham Lincoln will als Präsident die Sklavenhaltung komplett abschaffen in den USA
 - Norden brauchte viele billige Arbeitskräfte, durch Sklavenbefreiung im Süden sollte eine weitere Reserve an Arbeitern freigesetzt werden
- Erhaltung der Union:
 - Wahlsieg spaltet USA Südstaaten → "Konföderierten Staaten von Amerika"
 - Kompromisse gescheitert, Krieg zur Erhaltung der Vereinigung der Staaten

Verlauf:

- erster moderner Krieg: Massenheere, Seestreitkräfte
- Sehr hohe Zahl der Todesopfer und Verletzte
- Süden verlor den Krieg, wurde wirtschaftlich stark zurückgeworfen

Ergebnisse:

- Unionsstaatliche Einheit
- Vorherrschaft des Bundes über die Einzelstaaten
- Voraussetzung für einen weltgeschichtlichen Aufstieg zur späteren Supermacht

Französische Revolution

Revolution und Gründung der Republik

Ursachen:

- Autoritätskrise durch Aufklärung: Abkehr von absolutistischer Staatsauffassung hin zu Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte gefordert, säkularer Staat, Vernunft ⇒ diese moderne Philosophie entzog dem Gottesgnadentum den Anspruch
- Erstarren des Bürgertums: Bürger und Bauern hatten keine politische Macht (Nur der 1. und 2. Stand - Klerus und Adel), wirtschaftliches Erstarren der Bürger und schwindendes Vertrauen im dritten Stand
- Krise des Feudalismus: traditionelle feudale Gesellschaftsordnung aus dem Lot geraten, Adel hatte zwar weiterhin Privilegien, übernahm aber durch den Absolutismus keinerlei Aufgaben mehr
- Wirtschaftskrise: frz. Staat kurz vor der Zahlungsunfähigkeit, 1788er Missernte, strenger Winter 1788/89 → Hunger und Elend ⇒ Der auslösende Faktor

Verlauf:

- Als Anfang angesehen, populär: 14. Juli 1789 "Sturm auf die Bastille": Erbrachte Bürger und Vorstädler drangen mit Gewalt in das Stadtgefängnis ein → zum Geschichtsmythos stilisiert
- eigentliche Ausgangspunkt der Revolution: dritte Stand erklärt sich zur alleinigen Vertretung der Nation (nach Zusammenberufen der Generalstände und Streit über Wahlmodus)
- bewaffnete Bauern stürmen Klöster und Schlösser
- 26.08.1789: erste Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch den 3. Stand
- Entstehung einer unteilbaren französischen Nation
- Ziele der Revolution: "Freiheit, Gleichheit und Eigentum" im späteren Verlauf kam "Brüderlichkeit" dazu
- sozialrevolutionäre Volksbewegung erzwingt echte Republik ohne Zensuswahlrecht
- gewählte Nationalversammlung (Nationalkonvent) herrscht
- König Ludwig XVI gestürzt, inhaftiert und 1793 guillotiniert
- 21.06.1793: Nationalkonvent verabschiedete erste Verfassung (Eigentum, Widerstandsrecht, allgemeines und gleiches Wahlrecht für Männer), trat aber nicht sofort in Kraft
- radikale Phase und Terrorherrschaft Robespierres, willkürliche Verfolgung nicht nur von Revolutionsgegnern
- 1794: Robespierre hingerichtet
- neue Verfassung verabschiedet, Zensuswahlrecht wiedereingeführt

- 1799: Napoleon stürzt das Direktorium (Staatsstreich) und "beendet Revolution"
- 1804: N. krönt sich zum Kaiser (behält aber wesentliche Errungenschaften der Revolution)

Ergebnisse:

- Übergang Monarchie → Republik
- Terrorherrschaft als negative Seite der Revolution

Bedeutung

- Übergang Frühe Neuzeit → Moderne
- gesellschaftliche Transformation Feudalismus → kapitalistische Gesellschaft
- Errungenschaften:
 - persönliche Freiheit, Meinungs- und Pressefreiheit, Grundrechte
 - Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz
 - gleiche Besteuerung, allgemeines Wahlrecht
 - Selbstbestimmungsrecht des Volkes
 - Bindung des Staates an eine Verfassung

Auswirkungen und Folgen

- Gesellschaft in Frankreich und Europa wurde grundlegend verändert
- Modell der modernen Staats- und Gesellschaftsordnung
- Errungenschaften im Bewusstsein der Bürger der westlichen Demokratien und Grundlage der meisten modernen Staaten heute
- Napoleon etabliert französisches Modell auch in anderen europäischen Staaten

Russische Revolutionen

Vorgeschichte und Revolutionen 1905

Ursachen:

- Russland geht es schlecht, Krimkriege (mit osmanischem Reich) verloren
- wirtschaftliche Situation verschlechtert sich, Rezession -> Demonstrationen
- Unterschiedliche Gruppen vereinigen sich gegen herrschendes System

Verlauf:

- Petrograder Blutsonntag (Zar lässt auf Demonstranten schießen)
- Generalstreik, Radikalisierung

Ergebnisse:

- Oktobermanifest: Duma (Volksvertretung) wird eingeführt, Versammlungs- und Redefreiheit, bürgerliche Freiheiten, Wahlrecht
- Erste Arbeiterräte
- ABER: Scheinkonstitutionalismus:
 - Zaristische Autokratie bleibt bestehen: Verwaltungschef, militär. Oberbefehl, uneingeschränktes Vetorecht
 - Duma wurde vom Zar blockiert durch Veto

Februarrevolution 1917

Ursachen:

- Erster WK zermürbt Bevölkerung, wirtschaftliche Rezession, Massendesertationen, Vertrauensverlust
- Autoritätsverlust des Zaren

Verlauf:

- Sturm des Winterpalais
- Bildung von Soldaten und Arbeiterräten (Petrograder Sowjet)
- Massenaufuhr, Hungersnöte etc.
- Duma lehnt sich auf und übernimmt Macht

Ergebnisse:

- Ende der Zarenherrschaft, provisorische Regierung (Gab es überhaupt wahlen?)
- Grund und Menschenrechte
- Aprilthesen Lenins
- Doppelherrschaft zwischen Arbeiter/Soldatenräten und Duma
- Warum scheitert der Parlamentarismus?
 - Duma hat Krieg weitergeführt
 - Aprilkrise (Konflikt zwischen Duma und Sowjets), Kritik Lenins an Duma, Julikrise (Demonstrationen, Not, gewaltsame Niederschlagung)
 - Radikalisierung der Politik
 - Gegenrevolution von Rechts (Kornov)

Oktoberrevolution

Ursachen:

- Krise von Wirtschaft, Armee und Staat auf ihrem Höhepunkt
- Weiterführen des Krieges und Krisenmanagement der Prov. Regierung scheitert
- Bolschewiki erringen mehr Macht, Kampf um Staatsform (bürgerliche oder sozialistische Demokratie) spitzt sich zu
- Hungerstreiks, Krawalle etc.

Verlauf:

- Bolschewiki nutzen Politische Krise um eigene Politik durchzubringen
- revolteirende Massen werden von Bolschewiki unterstützt gegen Krisenmanagement der Prov. Regierung
- Lenin übernimmt die Führung und wird politische und ideologische Leitfigur
- Erdrutschsieg bei Wahlen → Bol. stellen Ratsmehrheit und Ratsvorstand
- militärische Revolution wird von Sowjets geplant
- 24. / 25. Oktober: militär. Einheiten und bewaffnete Arbeiter besetzen wichtige Punkte in der Stadt
- 26. Oktober: Winterpalast wird gestürmt, Regierung verhaftet
- im Gegensatz zum spontanen Volksaufstand, war Oktoberrevolution geplant und lange vorbereitet
- kaum Beteiligung der Bevölkerung, schnell und ruhig durchgeführt
- Scheitern der Februarrevolution und der Prov. Regierung ermöglichten bolschewistischen Putsch

Ergebnisse:

- Ausrufung der Räteherrschaft
- 26. / 27. Oktober: erste Sowjetregierung; besteht nur noch aus Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären
- Durchsetzung der Forderungen der Massen:
 - Friedensangebot 1. WK
 - entschädigungslose Enteignungen des Großgrundbesitzes möglich → Verteilung auf Bauernsowjets
 - Verstaatlichung von Banken, Handel und Industrie
- Konstitutionalismus scheitert nach einem halben Jahr
- Ein neues Regime tritt nach dem kurzen Sommer der Demokratie an die Stelle der Zarenherrschaft
- 74 Jahre Herrschaft der KPD und neuer Weg in die Moderne mit starken Unterschieden zum Modernisierungsweg in West- und Mitteleuropa

Ausbau des leninistisch-stalinistischen Herrschaftssystems

Umgestaltung des Lebens:

- Abschaffung der Ränge und Standesbezeichnungen
- Trennung von Kirche und Staat
- Einsetzung von Volksgerichtshöfen, Richterwahl durch Bevölkerung
- Gleichberechtigung der Frau etc.
- Schulen und Universitäten den Unterschichten geöffnet
- Kunst und Wissenschaft sollte der Erziehung des "neuen Menschen" dienen

Festigung und Herausforderung der Herrschaft:

- Ermordung der Romanow-Familie durch die Bolschewiki
- Installation des Rates der Volkskommissare
- 18. Januar 1918: eben gewählte konstituierende Versammlung wird gewaltsam aufgelöst
- Bolschewiki widersetzen sich unter großer Anstrengung allen Gegenkräften im In- und Ausland
- Bürgerkrieg fordert neues Sowjetregime heraus → neue Aufstände, Bolschewiki verlieren soziale Basis
- Not erzwingt politische Wende: Neue Ökonomische Politik:
 - Versöhnung der Gesellschaft mit dem Regime → Überwindung von Bürgerkrieg und Versorgungsdiktatur
 - Handel mit Überschüssen ermöglicht, folgende Steigerung der landw. Produktion und Wirtschaftsleistung
- Unterdrückung und Vertreibung konkurrierender Parteien (wie Menschewiki)
- Anstreben eines politischen Monopols
- Kontrolle und Verfügung über Großindustrie, Banken, Außenhandel etc.

Stalins Festigung der Diktatur:

- heftige Führungskämpfe innerhalb der KPdSU (Bolschewiki)
- Aufbau einer bürokratischen Organisation → Machtapparat zu Ausschaltung Stalins Gegner Ende 20er Jahre
- Stalin entwickelt nach Lenin-Kult der später auf ihn selber positiv abfärbt → Stalin-Kult und Mythisierung
- 1937-1938: "Säuberungsaktion" konkurrierende politische und militärische Elite um Stalin wurde ausgelöscht

⇒ Stalin setzt sich durch für die beherrschende Position

Massive Modernisierung:

- Zwangskollektivierung
- extreme Industrialisierung unter großen Opfern
- Fünfjahresplan, Produktionsgüterindustrie
- bemerkenswerte Mischung aus Massenmobilisierung, Enthusiasmus und Repression

Revolutionstheorien und Modernisierungsbegriff

Revolutionsdefinition

Revolution im Gegensatz zu Evolution:

- bewirkte, plötzliche Veränderung
- gewaltsamer Umsturz
- Neuordnung politischer und sozialer Strukturen einer Gesellschaft

Historischer Materialismus (Entwicklungsstufentheorie) laut Marx:

- krisenbedingtes Ende einer Gesellschaft und Aufleben einer neuen Gesellschaftsordnung
- durch den Klassenkampf kommt es in jeder Gesellschaftsstufe zu Krisen
- durch den verstärkten Klassenkampf stürzen die Unterdrückten in der Krise die Unterdrücker
- Eine Revolution führt eine Gesellschaft in die nächsthöhere Gesellschaftsstufe
- neue Gesellschaftsstufe meistens ein Fortschritt für Menschheit

Andere Definitionen:

- Revolution = "Erneuerung"
- muss nicht gewaltsam sein

Moderne Zeiten - Drei Schlüsselereignisse der Moderne

Modernisierung in Richtung Individualismus:

1. Amerikanische Unabhängigkeitsbewegung:

- nationale Selbstbestimmung nach Außen
⇒ nationale Frage

2. Bürgerliche Revolution in Frankreich:

- politische Selbstbestimmung des liberalen Bürgertums: Volkssouveränität / Verfassung
⇒ liberale Frage

3. Industrielle Revolution in England:

- Entfaltung der wirtschaftlichen Produktionskräfte Arbeit, Boden, Kapital
- Volkssouveränität / Verfassung / Eigentum
⇒ soziale Frage

Modernisierung in Richtung Kollektivismus:

(4.) Russische Revolution(en):

- Februar → Oktober 1917
- "Putsch" - Machtübernahme der bolschewistischen Minderheit
- "Arbeiter, Soldaten, Bauern"-Sowjet
⇒ demokratische Frage

Moderne - Begriff der "entfalteten Industriegesellschaft" seit der Jahrhundertwende

ökonomisch:

- rationalisierte industrielle Produktion
- bürokratische Verwaltung

sozial:

- arbeitsteilige Lohn- und Gehaltsabhängige disziplinierte Arbeit
- städt. Umwelt
- expansionierendes Bildungsangebot

kulturell:

- medienproduzierende Angebote
- Ablösung der traditionellen Ästhetik in Architektur, bildender Kunst und Musik

interlektuell:

- Triumph der okzidentalen Rationalität
- Naturwissenschaft
- Kulturkritik

⇒ Rationalisierung, Individualisierung, Säkularisierung

Vergleich

Zwei Wertesysteme: Individualismus - Kollegialprinzip

Kollektivismus:

- Wohlergehen des Kollektivs die höchste Priorität: größtmögliche Glück für die größte Zahl von Menschen
- wirtschaftliche Schwäche: Ansporn durch Egoismus fehlt
- wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: keine Rücksicht auf Freiheit des Einzelnen
- Extreme Form: Utilitarismus (Nützlichkeitsdenken zugunsten der Masse)

Individualismus:

- Individuum im Mittelpunkt: Befreiung des Einzelnen von zu vielen Zwängen
- wirtschaftliche "Schwäche": Rücksicht auf die Freiheit des Einzelnen
- wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: allgemeiner Wohlstand als Ergebnis vieler Egoismen
- Extreme Form: ebenfalls Utilitarismus (Nützlichkeitsdenken zugunsten eines Einzelnen)

⇒ Zwei Wertesysteme der Moderne, die ideologisch entgegenstehen und eine Zeit der Systemkonkurrenz einleiten

Drei Wege in die Moderne

- Drei Leitthemen und Schritte der Moderne:
 1. nationale Modernisierung: nationale Unabhängigkeit und Selbstständigkeit
 2. politische Modernisierung: Volkssouveränität, politische Garantien der bürgerlichen Freiheit
 3. wirtschaftliche Modernisierung: Entfesselung der Produktionskräfte Kapital, Arbeit, Boden → Marktwirtschaft
- Drei Modernisierungsthemen in Deutschland:
 1. nationale Modernisierung: späte deutsche Staatsgründung
 2. politische Modernisierung: reaktionärer Obrigkeitsstaat, Traditionsverbissenheit → später Wandel zum Imperialismus gegen freiheitliche politische Modernisierung (1.) von Frankreich (1989) und USA (1776)
 3. wirtschaftliche Modernisierung: schnelle Industrielle Revolution, Kapitalgesellschaft

⇒ widersprüchliche Modernisierung: politische Modernisierung (2.) hält mit wirtschaftlicher Modernisierung (3.) nicht Schritt. → Differenz führt zu Aufspaltung in Klassengesellschaft, Zuspitzung der sozialen Frage

- Drei Modernisierungsthemen in Amerika:
 1. nationale Modernisierung: Unabhängigkeit, USA
 2. politische Modernisierung: Volkssouveränität, Menschenrechte, Gewaltenteilung, Öffentlichkeit
 3. wirtschaftliche Modernisierung: Entfesselung der Produktions- und Markkräfte, Industrialisierung

⇒ günstige Modernisierung: politische Modernisierung (2.) gleicht sich mit wirtschaftlicher Modernisierung (3.) aus → kein Existenzkampf einer dialektischen Klassengesellschaft

Im Text nicht ganz erkennbar:

* Drei Modernisierungsthemen in Russland:

*# nationale Modernisierung:

*# politische Modernisierung:

*# wirtschaftliche Modernisierung:

:⇒

Vergleich Amerikanische - Französische Revolution

Französische Revolution	Amerikanische Unabhängigkeitsbewegung
Gemeinsamkeiten:	
<ul style="list-style-type: none"> • Revolutionärer Charakter vom welthistorischen Gesichtspunkt aus • Bruch mit den Grundsätzen der vorangegangenen Epoche • Anspruch, der Menschheit einen Fortschritt zu bringen • Begriff der Freiheit 	
Unterschiede:	
<ul style="list-style-type: none"> • Bruch mit vorrevolutionären Zuständen • Revolution nach Innen 	<ul style="list-style-type: none"> • Beendigung der politischen Abhängigkeit vom britischen Mutterland • hauptsächlich Revolution nach Außen
<ul style="list-style-type: none"> • Furcht vor adliger Reaktion 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein Gefühl der akuten Bedrohung
<ul style="list-style-type: none"> • Eingriff in die Sozialstruktur und das gesellschaftliche Gefüge • Soziale Revolution (Auflösung der gesellschaftlichen Hierarchie) 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Gesellschaftliche Komponente • Einebenen der Sozialpyramide
<ul style="list-style-type: none"> • Abfolge von: <ul style="list-style-type: none"> ○ staatsrechtlicher Revolution (mit Zustimmung des Königs zur Ausarbeitung einer Verfassung im Grunde abgeschlossen) ○ radikaler Revolution ○ republikanischer und (gesellschaftlich) egalitärer Revolution 	<ul style="list-style-type: none"> • Nur: <ul style="list-style-type: none"> ○ staatsrechtliche Revolution: Ersetzung der Rolle von König und Parlament in London durch eigene, selbstbestimmte Kräfte
<ul style="list-style-type: none"> • soziale und egalitäre Komponente gegen Adel und König, zum Teil auch gegen das Großbürgertum, erkämpft 	<ul style="list-style-type: none"> • wesentliche Bedingungen bereits verwirklicht
<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftskrise mit Radikalisierung der Pariser Massen 	<ul style="list-style-type: none"> • keine Wirtschaftskrise
<ul style="list-style-type: none"> • Radikalisierung und "Beendigung" durch Napoleon • weitere Revolution zur Durchsetzung liberaler Freiheiten • Heute 12. Verfassung der Französischen Republik seit 1789 	<ul style="list-style-type: none"> • Fortschreibung der ursprünglichen Verfassung
<ul style="list-style-type: none"> • "eine, unteilbare Nation" als Träger der Souveränität 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbalancierte Aufteilung der Staatsgewalt: "checks an Balances"
<ul style="list-style-type: none"> • Stoßrichtung nach innen: <ul style="list-style-type: none"> ○ Politische Revolution: Änderung der Verfassung ○ Bürgerliche Revolution: Umverteilung des Besitzes ○ Soziale Revolution: Auflösung der gesellschaftlichen Hierarchie ○ Gewalt nach Innen 	<ul style="list-style-type: none"> • Stoßrichtung nach innen: <ul style="list-style-type: none"> ○ freie, moderne Verfassung ○ Besitzende Schicht politisch entscheidend • Stoßrichtung nach außen: <ul style="list-style-type: none"> ○ Politische Revolution: Verfassung - Unabhängigkeitserklärung der britischen Kolonien ○ Gewalt nach Außen, gegen

Bürgerliche Revolution - Sozialistische Revolution

Bürgerliche Revolution	Sozialistische Revolution	
	1. soziale Revolution (Idee)	2. sozialistische Sowjetrevolution (Praxis)
<ul style="list-style-type: none"> Ideen der Aufklärung 	<ul style="list-style-type: none"> nach Marx' Historischem Materialismus (Entwicklungsstufentheorie) 	<ul style="list-style-type: none"> Nach Lenin als "Anwender des Marxismus unter den gegebenen historischen Umständen" und Stalin
<ul style="list-style-type: none"> Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte, Grundrechte → liberale Frage 	<ul style="list-style-type: none"> Gleichheit, Brüderlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> Gleichheit ohne Freiheit (von Verfolgung von Oppositionellen als "Klassenfeinde" über Zwangskollektivierung bis zur Zwangsarbeit)
<ul style="list-style-type: none"> Parlamentarismus, repräsentativ demokratisches System, Volkssouveränität 	<ul style="list-style-type: none"> "Absterben" des Staates nach Übergangsphase der Diktatur des Proletariats 	<ul style="list-style-type: none"> Aufbau einer Kaderpartei der proletarischen Revolutionäre (Einparteienstaat), keine Gewaltenteilung, "Alle Macht den Räten"
<ul style="list-style-type: none"> nationale Verfassungsrevolution in einem Land → nationale Frage 	<ul style="list-style-type: none"> als Weltrevolution gedacht, Internationalismus → Emanzipation der Arbeiterklasse 	<ul style="list-style-type: none"> nationalen Kurs der "Neutralisierung der Weltbourgeoisie" (v.a. Stalinismus), "Sozialismus in einem Lande"
<ul style="list-style-type: none"> aristokratisches System wird durch Revolution der Bürger abgeschafft, Aufstieg des liberal-bürgerlichen Mittelstandes, Bildungsbürgertums 	<ul style="list-style-type: none"> Arbeiteraufstand, vorübergehende Diktatur des Proletariats, unterdrückte Masse (Proletariat) überwindet Unterdrücker (Bourgeoisie) 	<ul style="list-style-type: none"> Machtübernahme einer in Sowjets (Räten) organisierten Arbeiter(-Soldaten-Bauern)-Klasse, die vorgibt, die Mehrheit zu sein, Eher Putschversuch, da tatsächlich Minderheit an der Macht (Bolschewiki)
<ul style="list-style-type: none"> Individualismus-Prinzip 	<ul style="list-style-type: none"> Kommunismus: klassenlose Gesellschaft, Gleichheit 	<ul style="list-style-type: none"> Ausgestaltung eines Kollektivsystems, Erziehung und Indoktrination des Menschen
<ul style="list-style-type: none"> Garantie des Eigentums ⇒ Entfesselung der Produktivkräfte, "Streben nach Glück" 	<ul style="list-style-type: none"> "Ende des Eigentums", Volkseigentum, Eigentum als Zwang zur Ungleichheit angesehen 	<ul style="list-style-type: none"> Staatseigentum, Planwirtschaft
<ul style="list-style-type: none"> Ende von Aristokratie, Einleiten einer neuen, mordenen 	<ul style="list-style-type: none"> Ende aller Gesellschaftsstufen → neue Urgesellschaft 	<ul style="list-style-type: none"> "Ende des Kapitalismus"

Gesellschaftsstufe		
<ul style="list-style-type: none"> Bsp. Frankreich, USA 	<ul style="list-style-type: none"> hat es nie gegeben, Utopie, stattdessen gescheiterter "Realsozialismus" 	<ul style="list-style-type: none"> "Realsozialismus", bestes Beispiel UdSSR

Daten und Begriffe

Die demokr. und nat. Bewegung in Auseinandersetzung mit dem Obrigkeitsstaat

Offizielle Formulierung:

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Kräfte und Gegenkräfte im Ringen um Verfassungsstaat, demokratische Partizipation und nationale Einigung erkennen;
- vorzugsweise an regionalgeschichtlichen Beispielen die Entwicklung der Revolution 1848/49 untersuchen, deren Ursachen und Gründe für ihr Scheitern verdeutlichen sowie ihre Bedeutung für die demokratische Entwicklung in Deutschland beurteilen;
- die Bedingungen der Reichsgründung „von oben“ analysieren und bewerten sowie deren Einfluss auf die Grundlagen des politischen Systems des Kaiserreichs erörtern.

Daten und Begriffe: 1848 Märzrevolution; Nationalversammlung in der Paulskirche; 1849 Reichsverfassungskampagne; Badische Revolution; 1871 Gründung des Kaiserreichs; Restauration; Liberale; Demokraten; Parlamentarische Monarchie; Konstitutionelle Monarchie

Vormärz

Auswirkungen der Französischen Revolution und Napoleons

- Entstehung von Liberalismus und Nationalismus im Bürgertum
- Errungenschaften der Frz. Revolution waren wegweisende politische Zielvorstellung
- Napoleons "Flurbereinigung" ändert Mächte und Länder
- 16 Staaten gründen Rheinbund und treten aus dem Deutsch Reich aus
- Abdankung des Kaisers Franz II. ⇒ Ende des alten Deutschen Reiches

Revolution von oben

- napoleonischer Code Civil wird in einigen Staaten eingeführt: Freiheitsrechte und Gleichheit der Männer
- dennoch erhielten nur wenige deutsche Staaten Verfassungen
- Entwicklung einer an Wirtschaftsfreiheit orientierten Gesellschaft
- Reformen in Preußen: Beseitigung der Adelsprivilegien, Bauernbefreiung, Mitspracherecht → Förderung des Nationalbewusstsein → neue Größe Preußens, Wiedererstarben
- Süddeutscher Konstitutionalismus: Übergang monarchistischer Verwaltungsstaat → liberaler Verfassungsstaat; Staatsbürger mit bestimmten Freiheiten
- oktroyierte (verordnete) Verfassungen in Baden und Württemberg:

- Zensuswahl von zwei sog. Kammern mit Wahlmitgliedern: Regierungskontrolle, Mitwirkung bei Gesetzgebung
- dennoch typische Mängel: keine Gewaltenteilung, Kammern waren kein Parlament, Kammern konnten Regierungen nicht entlassen oder bilden

Wiener Kongress und Restauration

- Zeit bis 1848 geprägt durch ein Ringen zwischen konservativen Kräfte um die Monarchen und liberalen und nationalen Revolutionären

Erhebung gegen Napoleon:

- Freikorps aus Studenten und jungen Handwerkern kämpfen gegen Napoleon
- Ziel der Bewegung: "Befreiungskrieg" zur Herstellung eines neuen, politisch vereinten, liberalen Deutschland

Wiener Kongress 1815:

- Europa nach Napoleon neu ordnen
- "Heilige Allianz" gegen Revolutionen oder neuen Napoleon
- Auslöschung der staatsrechtlichen und gesellschaftlichen Errungenschaften der Frz. Rev. in Deutschland
- Monarchie in Europa stärken

Monarchistisches "System Metternich":

- Legitimität und Autorität der Monarchie (gegen Revolutionisten)
- Sicherung des Friedens durch monarchistische Solidarität: (Stabilität durch Gleichgewicht der Mächte)
- Konservativismus in Deutschland

Territoriale Veränderungen im Deutschen Bund:

- Preußen wuchs nach Deutschland hinein
- Österreich wuchs aus Deutschland heraus
- Zusammenschluss der 39 Staaten

Opposition und Burschenschaften:

- Hoffnungen junger Liberaler und Reformer zunichte gemacht,
- Aufkommen einer liberalen und national denkenden Opposition aus Bürgertum
- revolutionäres Frankreich als Vorbild
- Aufkommen einer liberalen, nationalen Studentenschafter aus Teilnehmern der Befreiungskriege → Gründung von Burschenschaften
- Wartburgfest 1817: demonstration ihrer Meinung

Restaurationspolitik - Karlsbader Beschlüsse

- März 1819 nach Attentat von Metternich:
- Unterdrückung der nationalen und liberalen Gruppen Deutschlands
- Zensursystem: Verbot der Burschenschaften, Kontrolle über u.a. Universitäten
- Verbot und Verfolgung aller "revolutionären" und "demagogischen" Aktivitäten
- biedermeierischen Rückzug durch Unterdrückungssystem

Liberalismus, Nationalismus und bürgerliche Öffentlichkeit

Nationale und soziale Bewegungen bis zum Vormärz



Nationale und soziale Bewegungen bis zum Vormärz

Entstehung der Öffentlichkeit:

- Kultur vom Bürgertum geprägt
- Diskussion, (Tages-)Zeitungen und Zeitschrift, öffentliche Meinungsbildung ⇒ Leserevolution
- neuer Machtfaktor gegenüber Herrschaft, Verwaltung und Kirche ⇒ Politisierung der Gesellschaft

Liberalismus:

- Ziele: Rechts- und Verfassungsstaat, Grundsätze der Frz. Rev.
- "Nachtwächterstaat" statt restaurativer Absolutismus
- Zensuswahlrecht, gewählte Volksvertretung, aber Monarch ist Exekutive

Nationalismus:

- einheitliche, deutsche Kultur- und Staatsnation nach Frz. und Engl. Vorbild
- "Einheit und Freiheit" für Deutschland, Nationalbewusstsein, Nationalsymbole → Schwarz-Rot-Gold
- Mitbestimmung nach Innen gefordert

Vormärz 1830 - 1848:

- französische Julirevolution 1830 schwächt Restauration und stärkt liberale und nationale Bewegung
- Schein- und Teilzugeständnisse des Deutschen Bundes oder einzelner Fürsten/Städte
- Hambacher Fest 1832: Forderung nach nationaler Einheit, Pressefreiheit, teilw. auch Demokratie
- viele weitere Bewegungen, Kundgebungen, Studentenburschenschaften, politische Vereine
- von studentischen Burschenschaften und Professoren getragen
- harte Gegenreaktion vom "System Metternich", Demagogenverfolgungen
- erste Arbeiterbewegung, Proteste, Streiks - Weberaufstand 1844

Badische Regional- und Landesgeschichte

- schon ab 1818 sehr fortschrittliche liberale Verfassung → konstitutionellen Monarchie
- Wahl von Standesvertretern in den Karlsruher Landtag
- Parlamentarischer Meinungsstreit, öffentliches Forum der politischen Opposition
- Konflikte mit Metternich

Revolution von unten und Versuch der parlamentarisch-demokratischen Nationalstaatsbildung

Ursachen der Revolution 1848/49

wirtschaftliche, politische, nationale Ursachen:

langfristig seit 1830, Radikalisierung und Politisierung:

- liberales, nationales Bürgertum: erstarkendes Nationalgefühl gegen Kleinstaaterei
- Demokraten: Volkssouveränität, gleiches Wahlrecht, Parlamentarismus; es gibt keine Parlamente und Verfassungen in den wichtigsten Staaten (z.B. Preußen und Österreich)
- Sozialisten: gerechte Eigentums- und Gesellschaftsordnung; gegen Adelsprivilegien und politische Unterdrückung nationaler Minderheiten (in Österreich und Preußen)
- Kommunisten: Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln
- Wirtschaftsbürgertum: unterschiedliche Maße, Währungen und Gewichte; Behinderung der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung

kurzfristig:

- Finanzkrise in Preußen, Einberufung des vereinigten Landtags: "Verfassung oder Boykott!"
- Agrarkrise wirkt negativ auf Wirtschaft und junge Industrie
- Pauper- und Kommunistenfurcht im Adel und Bürgertum
- Altes System verlor auch bei den Konservativen das Vertrauensfundament
- französische Februarrevolution 1848 von Arbeitern, Kleinbürgern, Studenten

soziale, existenzielle Ursachen:

langfristig:

- wirtschaftliche und gesellschaftliche Spannungen durch Bevölkerungswachstum
- Arbeitslosigkeit und Landflucht, Urbanisierung → Pauperismus
- schlesischer Weberaufstand 1844, Misstimmung im Proletariat

kurzfristig:

- überraschender Ausbruch der Revolution durch Zusammenfallen verschiedener Faktoren:
- Missernten 1845/46 → doppelte Getreidepreise 1847 → Agrarkrise
- Pauperismus: Hungersnöte, Hungerunruhen 1847 (z.B. Berliner Kartoffelkrieg)
- Agrarkrise bewirkt Streiks bei Eisenbahnen und Fabriken → Wirtschaftskrise 1847

Märzforderungen der politischen Opposition:

Stadt		Land
Arbeiter	Bürger	Bauern
<ul style="list-style-type: none"> • Volksherrschaft • Ende der Ausbeutung durch Unternehmer • Freiheitsrechte • staatliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik • staatliche Erziehung 	<ul style="list-style-type: none"> • Volkssouveränität • Demokratie • erweitertes Zensuswahlrecht • Freiheitsrechte • aber Bekenntnis zur Monarchie 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerermäßigung • Aufhebung von Abgaben, Abschaffung der feudalen Priviledien • Ablösung aller Leistungsverpflichtungen • Vereinheitlichung von Maßen • Agrarreformen • aber keine Forderungen nach Demokratie und Grundrechten
<p>⇒ Herrscher setzen auf Zeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Uneinigkeiten über deutsche Nationalstaat: • Republik oder Monarchie? • Verfassung - Grundrechte? • Deutscher Nationalstaat: Grenzen? 		<p>⇒ politische Forderungen werden schnell erfüllt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bauernbefreiung 1848 • Bauern scheiden als erste Protestgruppe aus dem Kreis der Revolutionäre aus

Verlauf der Revolution

Bauernrevolution:

- Stürmung von Archiven mit Grundbüchern und Lastenverzeichnissen
- Bauern zwingen Adelige zum schriftlichen Verzicht auf ihre grundherrlichen Rechte
- Forderungen schnell erfüllt

⇒ neue konservative Allianz zwischen befreiten Bauern und adelig-konservativen Grundherren

Märzministerien:

- Massendemonstrationen und Versammlungen
- Formulieren von Forderungen, z.B. Märzforderungen (s.o.)
- Fürsten lenken in einigen Staaten schnell ein: Errichtung von liberalen Märzministerien
- Ministerien kamen den Forderungen teilweise nach
- Zensur aufgehoben, Einrichtung von Schwurgerichten, Bauernbefreiung
- Oftmals nur bloße Versprechungen
- friedlicher Verlauf in Ländern mit Märzministerien

⇒ Anfangserfolge → scheinbar siegreiche Revolution

Österreich:

- Fürst Metternich muss fliehen
- Verfassung wurde vom Kaiser versprochen

Preußen:

- Berlin: Volksbewegung trifft mit Militär zusammen
- Einschwenken des Preußischen Königs: Aufheben der Zensur, Einberufen eines Landtages (Parlament in Preußen) "Preußen möge in Deutschland aufgehen"
- 18. März: bei dankbarer Versammlung des Volkes kommt es zu Gewalt des Militärs
 - entfachen des Konfliktes, Straßen- und Barrikadenkämpfe
 - 230 Todesopfer bis Rückzug der Truppen durch König von Preußen
- Entschuldigung des Königs und weitere Zugeständnisse (liberale Regierung, preußische verfassungsgebende Nationalversammlung)

⇒ Militär und Landadel standen aber nicht hinter Revolutionären

Frankfurt am Main:

- Nationalversammlung für einen neuen Nationalstaat

Badische Regional- und Landesgeschichte

Badische Revolution parallel zu Märzrevolution:

- radikalere Forderungen:
 - Demokratisierung, (Justiz & Militär), Volksheer
 - Abschaffung des Adels
 - Volkssouveränität, Geschworenengerichte
 - soziale Forderungen, Grund- und Menschenrechte
 - wirtschaftliche Freiheiten, soziales Steuerrecht
- 1. März: Beginn der Revolution in Baden: Besetzung des Ständehauses des badischen Landtags in Karlsruhe
- nur in Baden gelingt es, die Regierung zu übernehmen
- Parlament wird eingeführt

Erneute Revolution nach Scheitern der Frankfurter Nationalversammlung:

- Mai 1849: Militär schließt sich zu neuerlichen Aufstand an
- Flucht des Großherzogs Leopold
- Bildung einer provisorischen Regierung und Neuwahlen, Offenburger Beschlüsse

⇒ Baden wurde faktisch Republik

Scheitern der Republik:

- Badische Republik wurde durch Preußisches Militär mit Gewalt besiegt
- Badische Armee wird aufgelöst und unter preußischer Führung neu aufgebaut
- 23 Revolutionäre werden hingerichtet

Nationalversammlung in der Paulskirche

Entstehung:

- Vereins- und Verbandsbildung durch Aufhebung der Repressionsgesetze
- Parteienentwicklung
- erste Frauenbewegung (jedoch ohne Ergebnis)
- 5. März: Nationalversammlung wird im Süden beschlossen
 - Ziele: Bildung eines deutschen Nationalstaates und Ausarbeiten einer Verfassung
- 31. März: Vorparlament in Frankfurt: gleiches Wahlrecht für alle Männer (über 25) ausgearbeitet
- 18. Mai: Nationalversammlung tritt in der Frankfurter Paulskirche zusammen
- Errichtung einer Zentralgewalt: Erzherzog, Johann von Österreich als "Reichsverweser" (Oberkommando über Truppen - Preußen und Österreich lehnen ab, erste Gegenrevolutionen in Gange)

Fraktionen und Parteien:

Partei	Programm	Staatsform	staatliche Organisation	Basis
Demokraten (Linke)	bürgerliche Republik tiefer greifende soziale Reformen	Volkssouveränität allgemeines Wahlrecht	Zentralstaat	Akademiker Handwerker
Liberales (Mitte)	Begrenzung der Revolution	konstitutionelle Monarchie	Erhaltung der Einzelstaaten	Besitz- und Bildungsbürgertum
Konservative (Rechts)	möglichst viel von der alten Macht von Monarchie und Adel behalten	Erbkaisertum	möglichst Selbstständigkeit der Einzelstaaten	Adel, Monarchen, Kirche, Bauern gehobene Beamte, Militärs

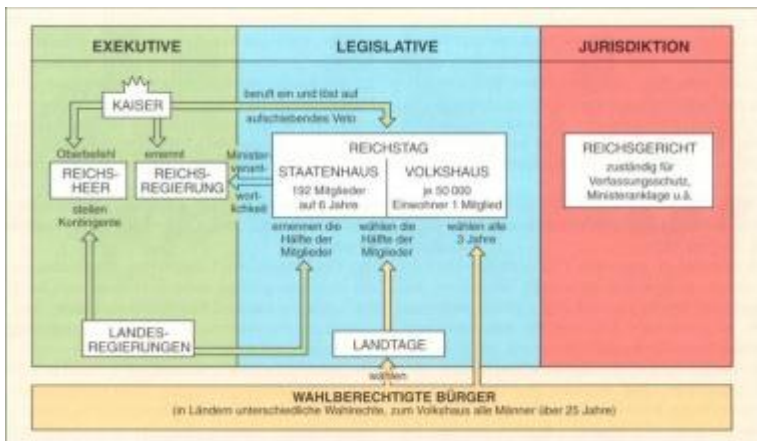
Nicht in der Paulskirche vertreten:

- Sozialisten: noch geringe Bedeutung, jedoch erste Programme (Kommunistisches Manifest, Marx), Arbeiter
- politischer Katholizismus: Anhänger in allen Klassen

Probleme und Diskussionen:

- Staatsgebiet: groß- oder kleindeutsch? Mit Teilösterreich oder Gesamtösterreich?
- Staatsform: Monarchie (konstitutionelle/parlamentarische) oder Republik? Erb- oder Wahlkaisertum? Vetorecht?
- Innere Organisation: zentralistisch oder föderal?
- Wahlrecht: Allgemeines oder Zensuswahlrecht?

Ergebnisse und Verfassung:



Verfassung der deutschen Nationalversammlung vom 28. März 1849

- kleindeutsches Staatsgebiet (ohne Österreich wegen beginnender Gegenrevolution)
- mit Schleswig (Preußen mit Krieg gegen Dänemark beauftragt)
- konstitutionelle Monarchie mit Erbkaisertum, aufschiebendes Veto, (preußischer König Friedrich Wilhelm IV soll Kaiser der Deutschen werden)
- allgemeines Wahlrecht (für Männer)
- Grundrechte
- Farben: Schwarz-Rot-Gold

Ende der Paulskirche:

- April 1848: 28 Staaten hatten Reichsverfassung angenommen, Österreich, Preußen und andere lehnen ab, weil Gegenrevolution sich festigt
- Sommer 1848: lokale Gegenrevolutionen der Monarchen siegt: Preußen löst seine Nationalversammlung auf
- April 1849: Preußischer König lehnt die Kaiserkrone ab
- Mai 1849: Preußen und Österreich berufen "ihre" Abgeordneten ab
- Reichsverfassungskampagne: letztes Aufbäumen zur Durchsetzung der Verfassung in allen Staaten
- Letzte Barrikadenkämpfe durch Preußen niedergeschlagen
- Rumpfparlament in Stuttgart, Abgeordnete resignieren

Das Scheitern der Revolution

Gründe:

- Situation der Menschen verbesserte sich nach den Hungerjahren 46/47, 1848 kein Hungerjahr ⇒ keine existenzielle Krise
- Wirtschaft erholte sich
- Großbürgertum wollte nur Reformen, keine Revolution ⇒ keinen Anlass zu großen Barrikadenkämpfen
- Revolution hatte weder einheitliche Ziele, noch eine einheitliche Führung ⇒ Zerstrittene Paulskirche
- frühe Befriedigung der Forderung der Landbevölkerung (Abschaffung der Feudallasten) ⇒ kein Interesse an einer weiteren Unterstützung der Revolte durch die Bauern

Ergebnisse:

- keine Einheit: nationale Zersplitterung bleibt bestehen
- keine Freiheit Fortbestand der Adels- und Fürstenherrschaft
- Rache der Sieger: Verfolgung der Revolutionäre, Hinrichtungen und Gefängnisstrafen
- Auswanderung: über 1 Mio Deutsche emigrieren in die USA, darunter allein 80.000 Badener
- Reaktionszeit: Wiedererrichtung des Deutschen Bundes 1851

Bedeutung für die demokratische Entwicklung Deutschlands

Zugeständnisse trotz gescheiterter Revolution:

- oktroyierte Verfassungen u.a. in Preußen und Österreich
- Grundrechte (begrenzt) u.a. Gleichheit vor dem Gericht, Pressefreiheit

- wachsender Einfluss der wirtschaftlich erfolgreichen bürgerlichen Schichten
- Wunsch nach Nationaler Einheit bleibt bestehen
- Abschaffung der Reste des Feudalismus (Leibeigenschaft)
- exemplarische (aber gescheiterte) kurzzeitige Schaffung eines deutschen Nationalstaats → Ausarbeitung in der Frankfurter Paulskirche
- Paulskirchenverfassung wird zum Vorbild für spätere deutsche Verfassungen
- starke Geschwindigkeit und Intensität der politischen Selbstorganisation der Parteien und Fraktionen ⇒ Gegenbeispiel für Vorurteil der Politikverdrossenheit der Deutschen
- Anfänge des Parteiwesens (durch Vereine, Versammlungen, Flugblätter, Presse)
- Grundstein für politische Strömungen und Vereine auf Volksbasis

Gründung des Kaiserreiches

- nach Märzrevolution existierte Deutscher Bund weiter unter österreichischer Führung
- Politik des D.Bundes durch Führungskampf der beiden Großmächte Preußen und Österreich bestimmt (Deutscher Dualismus)
- Preußen baut seine wirtschaftliche Vormacht aus
- wirtschaftlichen Voraussetzungen drängen zur kleindeutsche Einigung (Zollverein)

Einigungskriege

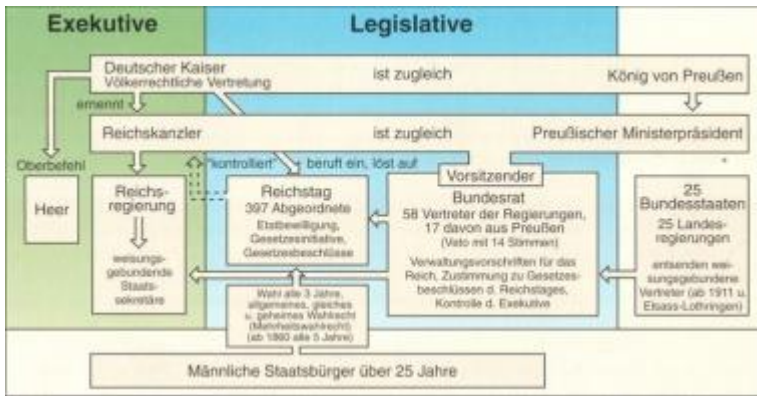
Einigung Deutschlands durch Preußen:

- 1864: Deutsch - Dänischer Krieg:
 - "Schleswig-Holstein Frage": deutschsprachiges Gebiet in Dänemark
 - Preußen und Österreich kämpfen gegen Dänemark
 - Schleswig und Holstein fallen zu gemeinsamer Verwaltung an Preußen und Österreich
- 1866: Deutscher Krieg:
 - Krieg durch Provokation Preußens gegen Österreich
 - Bündnispartner Österreichs: die meisten Südstaaten, klein und Mittelstaaten
 - Bündnispartner Preußens: einige norddeutsche Staaten und Italien
 - Schneller Sieg Preußens
 - Auflösung des Deutschen Bundes
 - kleindeutsche Lösung von Preußen in Aussicht genommen
 - Gründung des Norddeutschen Bundes mit Reichstag, Reichskanzler, Bundesheer und Verfassung unter Übergewichtiger Führung Preußens
 - "Schutz- und Trutzbündnisse": Bayern, Württemberg, Baden und das Großherzogtum Hessen mit Preußen
 - Südstaaten waren zwar souverän, wurden aber wirtschaftlich (Zollverein) und militärisch (Schutz- und Trutzbündnisse) an Preußen gebunden
- 1870: Deutsch - Französischer Krieg
 - Streitigkeiten zwischen Preußen und Frankreich (von Preußen provoziert)
 - Kaiser Napoleon III. wird bei Sedan gefangen genommen, Paris wird belagert
 - Ausbruch einer nationalen Kriegsbegeisterung
 - dieser Krieg galt als nationale Aufgabe
 - süddeutschen Staaten treten nach Verhandlungen dem Norddeutschen Bund bei

Bedingungen der Reichsgründung

- Preußischer Ministerpräsident Bismarck nutzt nationale Situation zur Kaiserreichsgründung
- drei Kriege von 1864 bis 1871 sind "Einigungskriege Bismarcks": allgemeine Siegesfreude
- kleindeutsche Lösung (ohne Österreich)
- Januar 1871: Kaiserproklamation Wilhelm I. von Preußen im Spiegelsaal Versailles durch die deutschen Bundesfürsten
- bayrischer König musste bestochen werden
- Beginn der deutsch-französischen Erbfeindschaft durch den D-F-Krieg → spätere Linie der Außenpolitik des Kaiserreiches

Verfassung und Grundlagen des politischen Systems



Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871

- Reichsverfassung als Kompromiss zwischen revolutionär umgeformter konservativer Monarchie und national-liberalem Bürgertum (Fürstenbund ↔ Monarchie)
- eigentlich keine richtige Monarchie, sondern Fürstenbund, föderales System
- Sicherung der Monarchie
- Abblocken des demokratisch gewählten Parlaments
- Schaffen des Großstaates einer bürgerlichen Gesellschaft

⇒ Spannungen und Konflikte zwischen Reichskanzler und Parteien

- Verfassung des Kaiserreichs = ergänzte und geänderte Verfassung des Norddeutschen Bundes
- "Deutscher Bund" → "Deutsches Reich"
- "Bundespräsident" → "Deutscher Kaiser"

Balance von Unitarismus und Föderalismus

- Bundesstaat aus 25 souveränen monarchistischen Einzelstaaten
- Trotzdem große Macht Preußens:
 - Preußischer König ist zugleich deutscher kaiser
 - Reichskanzler und vorsitzender des Bundesrates ist meistens preußischer Ministerpräsident
- Kaiser: Oberbefehl über Reichsheer, politische und militärische Führung, Außenpolitiker
- Reichskanzler: Innenpolitiker (Kaiser Wilhelm I. lies jedoch seinen Kanzler Bismarck nach Außen regieren, Bismarck eher Ausnahme)
- Bundesrat: zentrales Entscheidungsorgan

Probleme des Systems:

- mit der Zeit geht Preußen und dessen Kultur langsam in das ganze Reich auf
 - "Verpreußung Deutschlands"
 - "Verreichung Preußens"
- Preußen konnte die Reichspolitik in großem Maße bestimmen
- Militarismus geht in Gesellschaft und Staatssystem ein
- Chefs des Heeres und der Marine als Nebenregierung und große Machthaber
- Reichstag (von Männern über 25 gleich, geheim direkt gewählte Volksvertretung) hat sehr schwache Stellung:
 - konnte durch Bundesrat aufgelöst werden
 - Gesetze bedurfte Zustimmung des Bundesrates
 - Reichstag konnte Reichskanzler kein Misstrauen aussprechen
 - Parteien könnten aber Haushalt blockieren
- Fehlen von Grundrechten

⇒ Deutsches Reich = konstitutionelle Monarchie, Monarch alleiniger Inhaber der Souveränität, keine parlamentarische Regierung

Verfassungsvergleich

Daten und Begriffe

Konstitutionelle Monarchie:

- Macht des Monarchen nicht mehr absolut (uneingeschränkt), sondern von der Verfassung geregelt
- Regierung aber weiterhin vom Monarchen und nicht von einer Volksvertretung bestimmt
- Beispiel: Deutsches Kaiserreich 1871 bis 1918

Parlamentarische Monarchie:

- Unterform der konstitutionellen Monarchie
- Monarch (mit wenigen Ausnahmen) keinen Anteil an Staatsgeschäften
- Staatsgeschäften von Parlament und der Regierung geführt
- Monarchen repräsentative Aufgaben
- Bsp: Großbritannien, Belgien, Dänemark etc. heute

Semikonstitutionalismus:

- keine Volkssouveränität
- Regierung war nicht der Basis (Volk) verantwortlich
- Verfassung von oben, oktroyiert
- keinen Grundrechteteil

Pol. und gesellschaftliche Entwicklung in Bundesrepublik und DDR

Offizielle Formulierung:

Die Schülerinnen und Schüler können

- Grundlinien und Herausforderungen der inneren Entwicklung der beiden deutschen Staaten darstellen;
- die aus den unterschiedlichen politischen Systemen resultierenden Formen des gesellschaftlichen Lebens vergleichen und beurteilen, wie die Bundesrepublik und die DDR die Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft bewältigt haben;
- die Interdependenz von innenpolitischer Entwicklung und außenpolitischer Integration formulieren.

Daten und Begriffe: 1949-1963 Ära Adenauer; 1949-1971 Ära Ulbricht; 17.6.1953 Volksaufstand in der DDR; 1955 Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO; Souveränität; 1955 Aufnahme der DDR in den Warschauer Pakt; 13.8.1961 Bau der Mauer; 1969-1982 Sozialliberale Koalition; 1972 Grundlagenvertrag; 1982-1998 Christlich- liberale Koalition; 1971-1989 Ära Honecker; Westintegration; Soziale Marktwirtschaft; „Restauration“; Außerparlamentarische Opposition; Notstandsgesetze; Innere Reformen; Ministerium für Staatssicherheit (Stasi); Neue Ostpolitik; Wende; SED-Staat; Nischengesellschaft; real existierender Sozialismus

innere Entwicklung der Bundesrepublik 1949 - 1989

Ära Adenauer 1949 - 1963

Konrad Adenauer :

- * 5. Januar 1876 in Köln †19. April 1967 in Rhöndorf
- Oberbürgermeister von Köln
- erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Erste Regierung in der BRD:

CDU/CSU/FDP/DP(Deutsche Partei)

Kanzler: Adenauer
Finanzminister: Erhard

- wichtige Merkmale:
 - bekennt sich zur freien Marktwirtschaft und entfernt sich somit von der Planwirtschaft
 - Wahl Bonn als provisorische Hauptstadt
 - autoritärer Führungsstil -> "Kanzlerdemokratie"
 - Primat der Westintegration
 - Einigung Europas dient franz. Sicherheitsdenken
 - Westdeutschland muss sich in die westlichen Lager integrieren
 - Die föderalistische Europaidee ermöglicht D das Ende der Isolation
 - Für Gleichberechtigung muss Deutschland Vorleistungen bringen (Wiederbewaffnung)
 - Die wirtschaftliche Stärke des Westens ist ein "Magnet" für den Osten

Wichtige Verträge unter Adenauer

Petersberger Abkommen (22 Nov. 1949):

- Beitritt zum Ruhrstatut
- Einschränkung der Demontagen
- Möglichkeit zum Beitritt in internationale Organisationen
- Recht auf konsularische Beziehungen = Vertretungen in anderen Ländern wird ermöglicht.
- war ein wichtiger Schritt für die Integration der BRD in die westeuropäischen Staatengemeinschaft
- Verstärkung des Vertrauens in D

OEEC(Mitglied in der Verwaltung über die Marshallplan-Gelder) 15. Dez. 1949

Europarat-Mitglied 1950

Montanunion 9. Mai 1950 ("Schuman-Plan")

- Kohle und Stahlproduktion D, F, Benlux, und I werden aus der nationalen Zuständigkeit herausgenommen und in der **Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl** zusammengefasst
- Beitrag zur Überwindung der deutsch - französischen Differenzen
- Entkräftigung der Befürchtungen Frankreichs vor einem Widererstarken D's

Mit Inkrafttreten des Abkommens wurde der **Ruhrstatut** aufgelöst 1957 wurde die Montanunion durch die **EWG** abgelöst.

Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)

- Plan des Europarats zur Aufstellung einer Europaarmee mit deutscher Beteiligung zum Schutze vor der Bedrohung der Sowjetunion

==> Plan des zur Gründung einer Europäische Verteidigungsgemeinschaft
D sollte in einem multinationalen Generalstab und multinationalen Streitkräften eingebunden werden

Der Plan scheitert an der französischen Nationalversammlung, die ihre Souveränitätsrechte damit abtreten sieht.

Deutschland-Vertrag 1952/54

Im Zuge des geplanten Deutschen Beitrittes zur EVG stellte der Bundestag Forderungen hinsichtlich des internationalen Status der BRD. Am 26 Mai 1954 wurde schließlich ein Vertrag mit den USA, GB und F unterzeichnet. Dieser beinhaltete folgendes:

- Beendigung der Besatzung
- volle Souveränität der BRD in Innen- und Außenpolitik
- Beendigung aller Einschränkungen bei der Gesetzeshoheit
- Beendigung aller Produktions- und Forschungsbeschränkungen
- ausschließliche Zuständigkeit der Alliierten für Deutschland als Ganzes und Westberlin
- Verpflichtung der Westmächte auf die deutsche Wiedervereinigung als politisches Ziel

Pariser Verträge

Konferenz der Westalliierten, Beneluxländer, Italien, Kanada und BRD. Regelung zum Brüssler Vertrag

- Beitritt BRD zum Brüssler Vertrag (der damit zur WEU erweitert wurde)
- Beitritt in die NATO
 - Verzicht auf ABC-Waffen
 - Verpflichtung auf den defensiven Charakter des Bündnisses
 - Unterstützung der Deutschland-Politik der BRD durch die Partner der NATO

Außerdem wurde damit geregelt:

- Bundesregierung erhält die Alleinvertretung und spricht nun für „Deutschland als Vertreter des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten
- Deutsch-Französischen-Vertrag
- Neufassung des Deutschland-Vertrages

Moskau-Besuch

Adenauer folgt Einladung der SU Durch den Aufbau der politischen Beziehungen zur SU, veranlasst die SU Freilassung von über 20.000 Kriegsgefangenen und Vertriebenen. Außerdem betont die BRD, dass sie das Recht für sich in Anspruch nehme, Deutschland alleine zu vertreten. SU beharrt auf der These der „zwei deutschen Staaten“

Saar-Frage

- Frankreich für Anbindung des Saarlandes an Frankreich.
- Bundesregierung dagegen
- Volksabstimmung bringt deutlichen Sieg für BRD.
- Saarabkommen bindet am 1 Januar 1957 das Saarland wieder an die Bundesrepublik

Innere Entwicklung

Wirtschaftswunder

begünstigt durch:

- Einführung der sozialen Marktwirtschaft
- Ende der Demontagen
- Marshallplan unterstützt Wiederaufbau der Industrie
- Koreakrieg
- Währungsreform bzw. Unterbewertung der D-Mark gegenüber anderen Währungen
 - Export-Boom
- Bundesregierung begünstigt die Steuern auf Exportgüter
- Binnennachfrage
- zurückhaltende Lohnpolitik durch Gewerkschaftsbund, der den Wiederaufbau unterstützen wollte
- Tarifgesetze
 - Betriebsverfassungsgesetz
 - Personalvertretungsgesetz
 - Rentenreform

1954 erreicht die BRD den 3. höchsten Handelsumsatz nach der USA und GB

Wirtschaftspolitische Entscheidungen

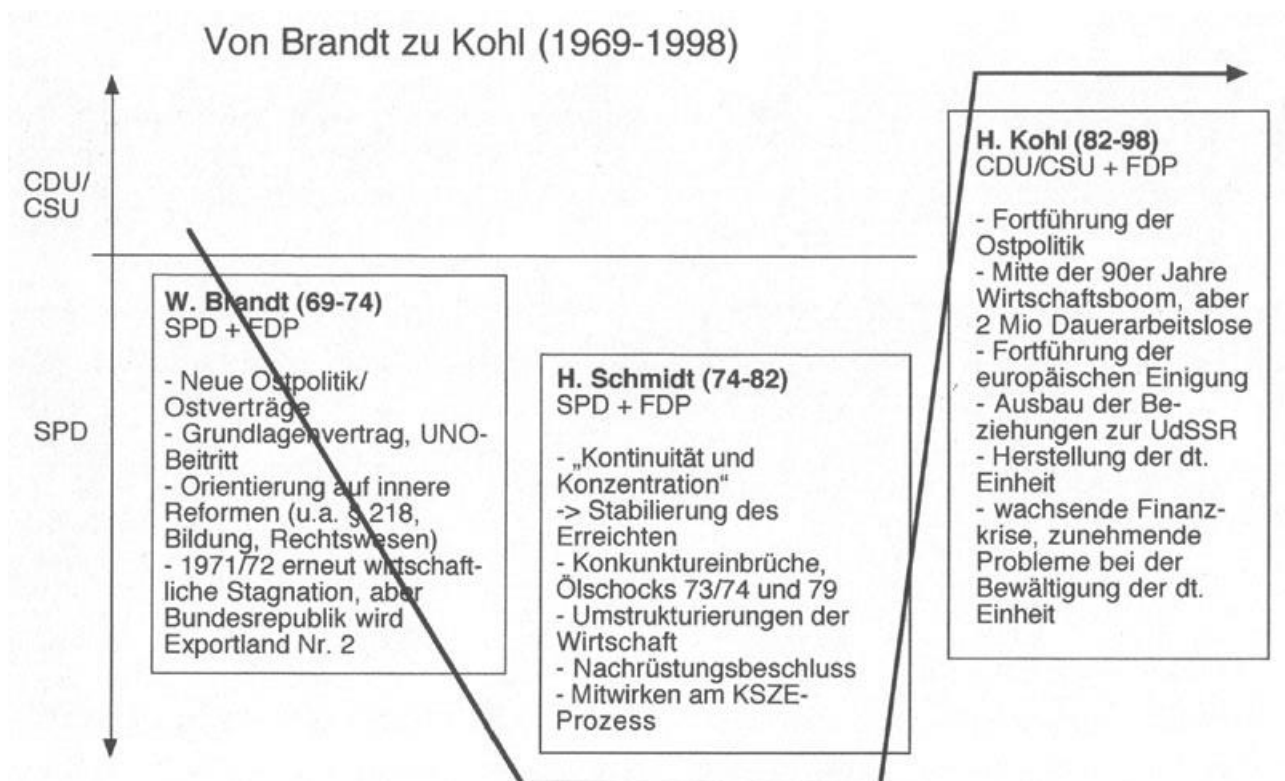
- Londoner Schuldenabkommen 1953
 - Schulden werden auf einen Betrag von 15 Milliarden Dollar festgesetzt.
- Gründung der deutschen Bundesbank 1957
- Bundeskartellamt 1957
- Vollbeschäftigung ab 1959

Ende der Ära Adenauer

- Ab 1957 erstmal keine absolute Mehrheit im Bundestag mehr --> FDP als Koalitionspartner
- Spiegelaffäre 1962
- 1963 Abschließung der Deutsch-Französischen-Vertragwerks
 - Verzahnung Deutsch-Französischer Interessen.
 - regelmäßige und umfassende politische Konsultationen

Konrad Adenauer tritt am 15. Oktober 1963 von seinem Amt als erster deutscher Bundeskanzler zurück. Dies ist eine Folge aus der Spiegelaffäre.

Kanzlerschaft Ludwig Erhards 1963 - 1966



Erhard:

- Verfechter der transatlantischen Allianz
- "Öffnung nach Osten" sollte Hallstein-Doktrin ablösen

Wirtschaftliche Entwicklung

- 1966 Wirtschaftskrise
 - geprägt im Bergbau, da Öl neuer Energielieferant wird und Steinkohle zu teuer zu fördern
 - Wirtschaftliche Dynamik ist verbraucht

Gesellschaft

- Ausschwitz-Prozesse
- Auftretender Rechtsradikalismus

Ende der Kanzlerschaft 1966

Das Vertrauen der Wähler wurde Erhard durch zu großzügige Wahlgewinne, die ein großes Loch in den Haushalt gerissen hatten stark getrübt. Investitionslust und Konsum wurden gebremst. Der Bruch mit der FDP kam auf Bundesebene angesichts der Haushaltsvorlage für 1967

Große Koalition

Die sich nun zur Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung statt Sozialisierung und Planwirtschaft bekennende SPD, galt nun nach der Änderung ihres Parteiprogrammes als ebenbürtiger Partner der CDU. Auch bekannte sie sich zur Westintegration und zur NATO, welche sie zuvor verurteilt hatte.

Kanzler wurde **Kurt Georg Kiesinger (CDU)**. Vizekanzler und Außenminister: **Willy Brandt (SPD)**
Wirtschaftsminister: **Karl Schiller** Finanzminister: **Franz Josef Strauß**

Wirtschaft

Ziel der Koalition war die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. Dies sollte nicht durch die Beseitigung der Marktwirtschaft erfolgen sondern ihre Ergänzung durch eine Globalsteuerung. Um die Wirtschaft weiter zu stärken wurde das **Stabilitätsgesetz** verabschiedet Gleichgewicht durch vier Kompetenzen:

- Preisstabilität
- hoher Beschäftigungsgrad
- außerwirtschaftliches Gleichgewicht
- stetiges Wirtschaftswachstum

Innenpolitik

Notstandsgesetze

Im Falle von inneren oder äußeren Gefahren haben die Alliierten das Vorbehaltrecht die Souveränität Deutschlands einzuschränken. Mit den Notstandsgesetzen wollte die BRD in 'Zeiten der Not' **in Selbstständiger Verantwortung handeln** Kritik kam hierbei vor allem von den Studenten, die durch das Gesetz ein Mittel sahen, durch das der Staat unkontrolliert Einfluss ausüben konnte [Siehe Weimarer Republik; Notstandsgesetze] Inhalt des Gesetzes:

- Kontrolle des Post- und Fernmeldeverkehrs
- Errichtung eines Notparlamentes (Gemeinsamer Ausschuss von Bundestag und Bundesrat)

Das Notstandsgesetz wurde am 30.Mai 1968 angenommen

Probleme:

- Demonstrationen gegen Vietnamkrieg
- Eskalierte Gewaltakte

Wandel der Ostpolitik

Kiesinger hatte sich bei Regierungsantritt für eine Lösung des Problem der Deutschen Teilung einzusetzen. Dies sollte in einem Gewaltverzichtsvertrag mit den Ostblockstaaten getan werden. Diese Öffnung dem Osten hin fand nur im Wesentlichen Zustimmung bei der SPD. CDU/CSU waren dabei sehr reserviert.

Die Sozial-liberale Koalition 1969 - 1982

Vorbereitet wurde diese Koalition durch die **Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten** der BRD.

Sowohl FDP als auch SPD hatten sich im Lauf der 60er Jahre mehr politischen und gesellschaftlichen Reformen geäußert. Der Wahlkampf zur Bundestagswahl lief unter dem MOTTO: **'Mehr Demokratie wagen'**

Bundeskanzler: **Willy Brandt**(SPD); Vizekanzler und Bundesaußenminister: **Walter Scheel**(FDP);
Verteidigungsminister: **Helmut Schmidt** (SPD); Innenminister: **Dietrich Genscher** (FDP) Staatssekretär im
Bundeskanzleramt: **Egon Bahr**

Besonderheit: Die Koalition nimmt die schon längst fälligen Reformen in Deutschland in die Hand- Reform der Ostpolitik und eine umfassende Bildungsreform

Bildungsreform Um die "Bildungsreserve" auszuschöpfen und höhere Abiturentenzahlen zu erreichen, werden Schulen und Universitäten gebaut, Bafög eingeführt

Außenpolitik:

Brandt bekennt sich gleich in seiner Regierungserklärung zu den zwei deutschen Staaten und bricht damit die offiziell bestehende Hallstein-Doktrin.

Die Ostverträge

Ostverträge	Partner	Inhalte	Besonderheit
Moskauer Vertrag 12.8.1970	BRD- UdSSR	Territoriale Integrität aller europäischen Staaten Unverletzlichkeit der Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie	politisch ideologischer Gegensatz dauert an Rüstungswettlauf nicht gestoppt
Warschauer Vertrag 7.12.1970	BRD- Polen	Territoriale Integrität Achtung der gegenwärtigen Grenzen (Oder-Neiße-Linie kann erst mit endgültigem Friedensvertrag festgelegt werden es kein Anspruch auf eine Grenzverschiebung erhoben	Brandt kniet vor dem Warschauer Ghetto-Denkmal nieder, um den Opfern zu gedenken
Viermächte- Abkommen 3.9.1971	USA;GB; F; UdSSR	Gewaltverzicht freier Transitverkehr nach Westberlin	Status der Berliner Westsektoren wird nicht eindeutig geklärt
Transitabkommen 20.12.1971/ Verkehrsvertrag 26.5.1972	BRD- DDR	Regelung des Personen- und Güterverkehrs zw. BRD W-Berlin Reiseerleichterungen Besuchsmöglichkeiten von WEST nach OST	keine Besuche von OST nach WEST
Grundlagenvertrag 21.12.1972	BRD- DDR	Anerkennung der Hoheitsgebiete 'normale gutnachbarliche Beziehungen'	Debatte um Berliner Mauer <ul style="list-style-type: none"> • Schießbefehl • Wiedervereinigung • Respektierung der Menschenrechte in der DDR

		Austausch von ständigen Vertretungen; aber keine Botschaften Aufgabe des Alleinvertreteranspruches	(KSZE-Schlussakte) Keine Völkerrechtliche Anerkennung der DDR --> Keine DDR-Staatsbürgerschaft
--	--	---	---

Regierungswechsel Brandt - Schmidt

- Rücktritt des Bundeskanzlers wegen eines DDR-Spions Guillaume in eigenen Reihen
- Regierungsneubildung soll Krise unterbinden

neuer Bundeskanzler: **Helmut Schmidt**

- Setzt Politik Brandts fort (ohne großen Erfolg von "mehr Demokratie wagen")
- pessimistische Grundhaltung in der Bevölkerung
- erste Ölkrise
- terroristische Anschläge durchziehen Deutschland
 - 1972 olympische Spiele (Palästinenser; Schwarzer September)
 - Rote Armee Fraktion (RAF)

Schmidt verstand sich nicht als Bundeskanzler sondern als "**Angestellter des Staates**" und "**Krisenmanager**"

Ostpolitik

"Politik der kleinen Schritte"

- Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten wird von allen Parteien weitgehendst akzeptiert
- bis 1980 Unterzeichnung von vielen Abkommen zw. BRD und DDR
- Handelsbeziehungen zu DDR werden gepflegt
- Meinungsaustausch zwischen Schmidt und Honecker in Helsinki bei Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte

Gesellschaft

- Alternative Bewegungen
- Antikernkraft-Bewegung
- Umweltschutz
- Bildungsexpansion

Außenpolitik

NATO-Doppelbeschluss:

- SU ersetzt Mittelstrecken durch Raketen mit größerer Sprengkraft => Gefährdung der Bundesrepublik
- BRD fordert NATO um Unterstützung
- 12 Dez. 1979 NATO-Doppelbeschluss
 - Verhandlungen mit SU
 - gleichzeitige Aufrüstung von Raketen mit atomaren Sprengköpfen in Europa
- ab 1983 unter neuer Bundesregierung fand die Stationierung von Pershing-Raketen in der BRD statt

Wirtschaft

- Wirtschaftsaufschwung geht endgültig in Europa zu Ende
 - Club of Rome bringt Bericht über Grenzen des Wachstums heraus
 - Schwächen in der Wirtschaft in BRD => asiatischer Markt produziert billiger
- Haushaltsdefizit
- hohe Inflationsrate
- 1973 Ölkrise => zeigt erstmals die Abhängigkeit der BRD von (Erd)Öl
- Entwicklung neuer Technologien setzt der Krise ein Ende

Koalitionsbruch

Zeit der christlich-liberalen Koalition

Konstruktives Misstrauensvotum beendet Kanzlerschaft von **Helmut Schmidt**. Nachfolger wird **Helmut Kohl** (CDU)

Grundgedanken der Regierung:

- geistig-moralische Wende
- wirtschaftsstabilere Wirtschaft durch "**weniger Staat, mehr Markt**"
- keine kollektive Last sondern mehr persönliche Leistung

Innenpolitik

- Entstehung des Bündnis 90/Die Grünen
- Krise der Parteien
 - Lobbyismus
 - Vertrauensverlust in Politiker
 - Flick-Spendenaffäre
 - Barschel-Affäre
- Terrorismus
 - RAF-Nachfolger töten wichtige Beamte
- Demographischer Wandel und Zuwanderung
 - sinkende Geburtenrate
 - Aufkommen von Ausländerfeindlichkeit rechtsradikalen Bewegungen

Wirtschaft

- Wirtschaftswachstum kann hohe Arbeitslosenzahlen nicht kompensieren
- Wandel von Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft

Probleme:

- - starre Arbeitsrechtsregelungen
 - Wirtschaftsstandort BRD zu **teuer**
 - Verlagerung der Produktionsstätten ins Ausland
 - Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden

Ostpolitik:

- Frieden geht vor Wiedervereinigung
- Koalition der Vernunft
- Stationierung von Pershing II-Raketen in BRD ab 1983
- Milliardenkredite werden von der BRD an die marode DDR genehmigt

==> Dichtes Vertragswerk zwischen DDR und BRD

ab Mitte 80er Jahre: **dauerhafte Koexistenz** der beiden Deutschen Staaten

Geschichte der DDR

Der Weg zum „Oststaat“ (DDR)

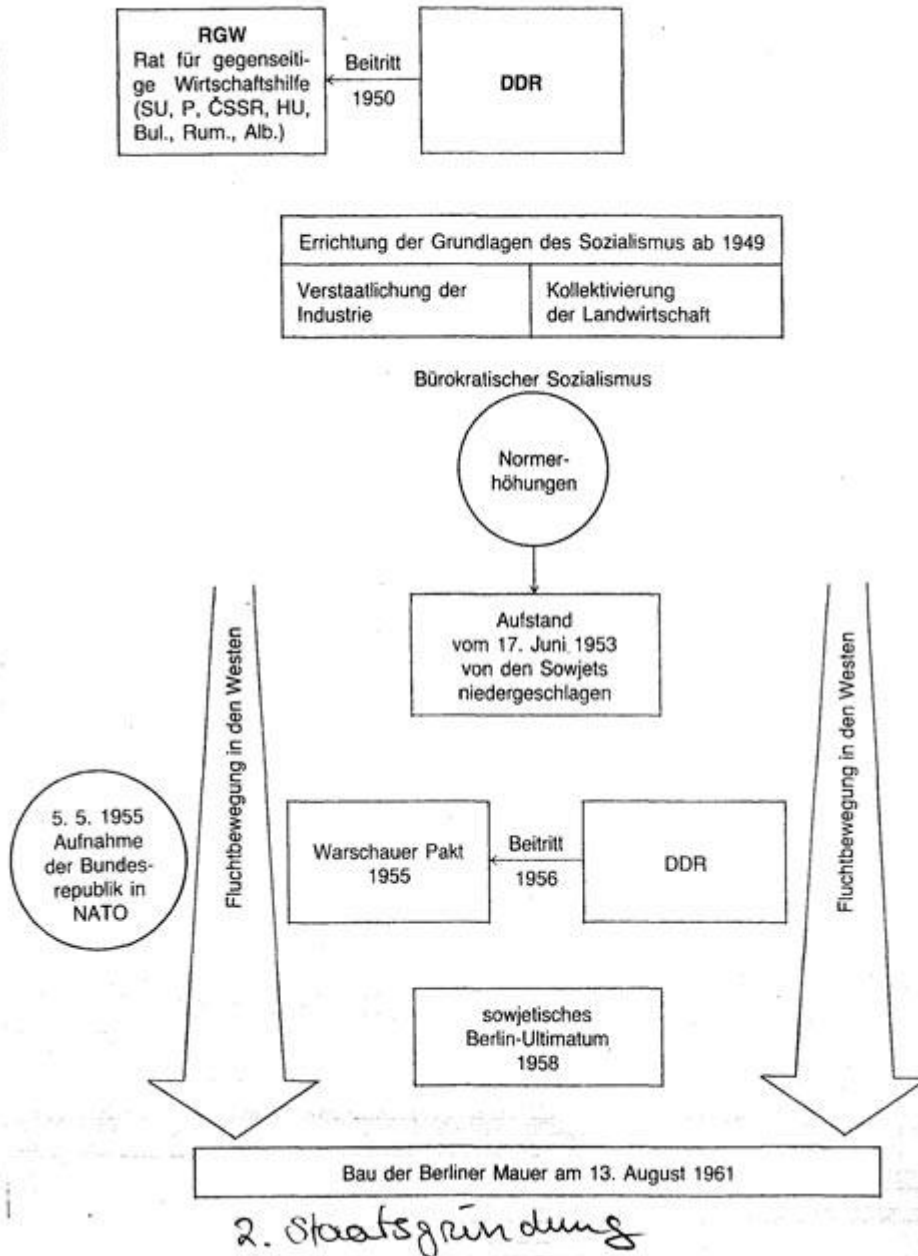
1947	Scheitern der Viermächtekonferenzen in Moskau und London	„Volkskongressbewegung“ von SED initiiert
1947, 6. Dezember	I. Volkskongress	Einladung durch SED an Massenorganisationen auch aus Westen (KPD); Ablehnung durch Ost-CDU und LDP, Rolle eines Vorparlamentes für Gesamtdeutschland ohne direkte Legitimation
1948, Febr.	Londoner Sechsmächtekonferenz ohne Beteiligung der SU	Auszug der sowjetischen Vertretung aus alliierter Kontrollrat (März)
1948, 17./18. März	II. Volkskongress	Beschluss für ein Volksbegehren über deutsche Einheit. Bildung eines I. Volksrates (400 Mitglieder). Erarbeitung eines Verfassungsentwurfes für eine „Deutsche Demokratische Republik“ durch Ausschuss: Grundrechte/Privateigentum/Enteignung von Großgrundbesitz/Sozialisierung von Bodenschätzen
1949, 15./16. Mai	Volksabstimmung über Einheit und Wahl des III. Volkskongresses	Einheitsliste „Demokratischer Block“: 66,1% für Einheitsliste (Zahlergebnis fraglich)
1949, 29./30. Mai	III. Volkskongress	Bestätigung des Verfassungsentwurfes; Übernahme der Aufgaben des „Antifaschistischen Blocks“; Wahl eines II. Volksrates aus den eigenen Reihen
1949, 7. Oktober	Konstitution Volksrat: Erklärung zur „Volkskammer der DDR“	Einsetzung der Verfassung; Bildung einer Provisorischen Regierung unter Otto Grotewohl

Zusatzlektüre:

Informationen zur politischen Bildung „Deutschland 1945-49“ S.44-49

Kießmann: Die doppelte Staatsgründung: S.193-208 (Apparat)

ENTWICKLUNG DER DDR
VON DER STAATSGRÜNDUNG BIS ZUM MAUERBAU 1949 - 61



Aufbau des Sozialismus zur Zeit Ulbrichts

7. Okt. 1949 Gründung der DDR und Inkrafttreten der Verfassung 10 Okt. 1949: Übertragung der Verwaltungsfunktion an die DDR-Regierung durch die SMAD In provisorischen Volkskammer wird: **Wilhelm Pieck zum Präsidenten der DDR**, Otto Grotewohl zum Ministerpräsidenten der SED gewählt

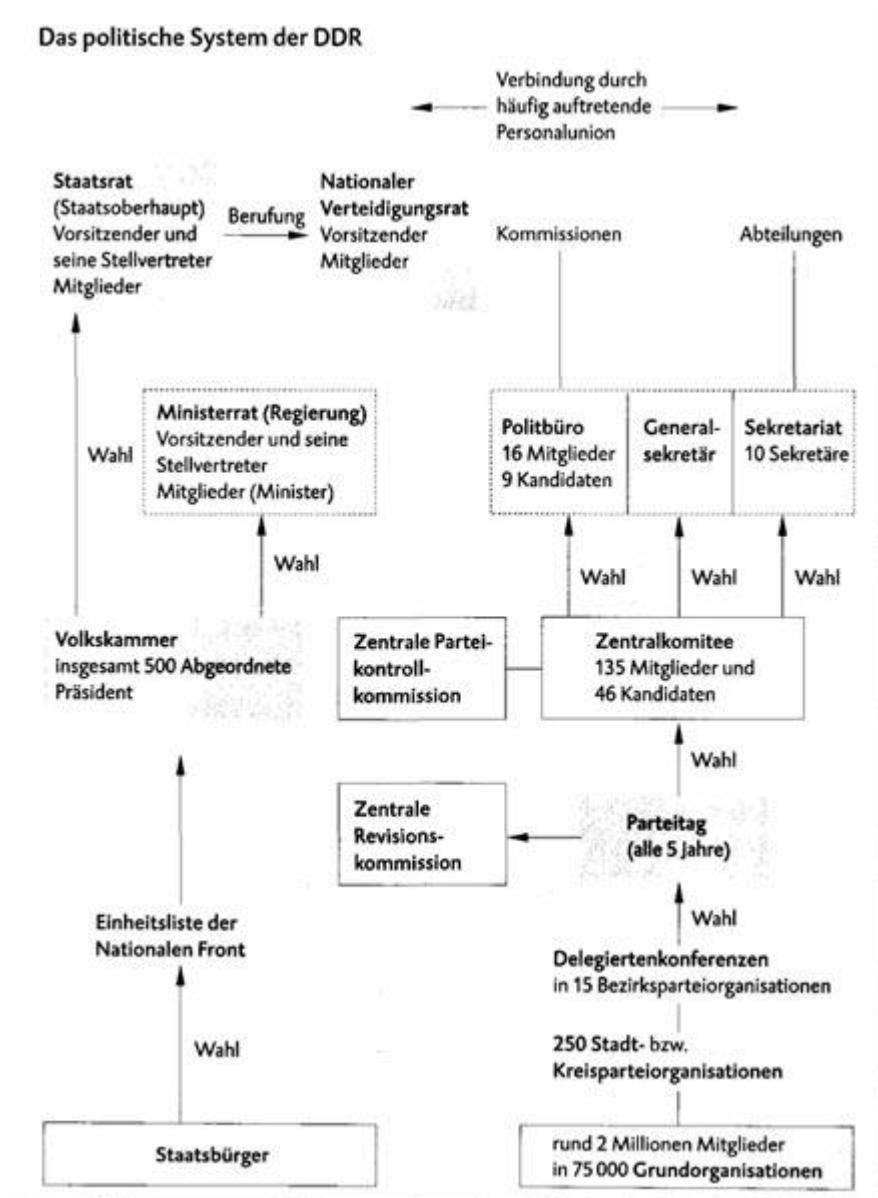
Merkmale der Verfassung der DDR: DDR-Verfassung

- Art.1: Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik[...]es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit
- Grundrechte (die ständig verletzt wurden)
- Weimarer Verfassung als Vorbild mit marxistischen Abänderungen
- sozialistische Gesellschaftsordnung

- keine Gewaltenteilung
- streng zentralistisch

Erste Volkskammerwahlen

Ära Ulbricht



- 1950 wird Walter Ulbricht Vorsitzender des neugegründeten Zentralkomitees der SED

SED wird zur Staatspartei:

- DDR ist nun vollends eine Diktatur der SED
- Durchsetzung des Willens der Partei durch Ausbau des Überwachungsstaates (Stasi) und durch Kontrolle über Polizei, Justiz, Bildungswesen und Jugendorganisationen
- Gegen Systemgegner und Dissidenten wird gnadenlos vorgegangen
- Innerparteiliche Konkurrenz wird von Ulbricht ausgeschaltet

Aufbau des Sozialismus:

Ziele Ulbrichts:

- ständige Festigung der Staatsmacht
- Kollektivierung der Landwirtschaft und der Industrie
- Aufbau einer staatlichen Schwerindustrie in der DDR
- Aufbau einer Armee --> Gründung der NVA
- Abschaffung der Länder – Neueinteilung in Bezirke nach sowjetischem Vorbild
- Teilung der DDR in 14 Bezirke
- Abriegelung der Zonengrenze: 1952 wird Grenze zu BRD abgeriegelt – aber Grenze zu Ostberlin bis Mauerbau 1962 offen

Der 17te Juni 1953:

- Reformdruck der Sowjet Union à SED beschließt Forcierung der Schwerindustrie
- Normenerhöhung löst große Protestwelle bei der Industriearbeiterschaft aus
- Tausende Arbeiter in vielen Städten der DDR streiken und demonstrieren sowohl gegen die Normenerhöhung, als auch gegen die Regierung und fordern freie Wahlen und sogar die Deutsch Einheit
- Aufstand wird von Sowjetischen Truppen gewaltsam niedergeschlagen

Folgen:

- Zugeständnisse an Arbeiterschaft: Lohn- und Rentenerhöhungen
- BRD erklärt 17ten Juni zum Tag der Deutschen Einheit
- Regierung geht noch gewaltsamer gegen Systemkritiker, auch in den eigenen Reihen vor
- Sowjet Union erkennt die unzureichende Unterstützung der Regierung Ulbrichts in der Bevölkerung à engere Zusammenarbeit mit DDR und Stop der Reparationszahlungen

Kollektivierung der Landwirtschaft

- Kollektivierung der Landwirtschaft wird nach dem 17ten Juni in Angriff genommen

Ziel:

- Landwirtschaft soll einer strafferen Planung unterzogen werden
- Bevölkerung soll besser kontrolliert werden
- Größerer Ertrag der großen LPGs, als der vielen kleinen Höfe
- Bauern werden gezwungen sich Stufenweise sozialistischen Großproduktionen anzuschließen
 - Der große Widerstand der Bauern wird mit Terrormaßnahmen gebrochen
 - Mitte der 60er Jahre sind alle Betriebe kollektiviert

Industrialisierung

- Wirtschaft der DDR wird planwirtschaftlich organisiert: mithilfe zentraler Steuerung sollen die Bedürfnisse der Menschen ermittelt werden um so die vorhandenen Ressourcen zu einer gerechten Verteilung der Güter einzusetzen
- Wichtigste Maßnahme: Aufbau einer eigenen Schwerindustrie
- im Zuge des ersten 5-Jahresplanes werden Hochofenkombinate, Stahlwerke und Maschinenbaubetriebe
- allerdings litt die Industrie unter großem Arbeitskräfte- und Führungspersonalmangel
- viele qualifizierte Arbeitskräfte wandern in BRD ab
- zweiter 5-Jahresplan soll die Industrieproduktion weiter gesteigert werden
- doch DDR überschätzt ihre Möglichkeiten: ehrgeizige Ziele können nicht erreicht werden
- dennoch steigt der Lebensstandard in der DDR deutlich, Konsumgüter werden produziert
- bescheidener Wohlstand erhält Einzug
- DDR wird nach Sowjet Union zum größten Industrieproduzent des Ostblocks

Ära Honecker

Die SU drängte auf eine Ablösung Ulbrichts, um ihre Entspannungspolitik nicht zu gefährden. Erich Honecker setzte den Sturz im Politbüro im Mai 1971 durch und nahm an dessen Stelle den Sitz des 1. Sekretär des Zentralkomitees an und hatte diese Rolle bis 1989 inne.

Merkmale der Ära Honecker

- Akzeptanz des "real existierenden Sozialismus" der Menschen in der DDR durch Erhöhung der Löhne und Renten
- Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik
- Hohe Industrieproduktion zw. 1970 und 1974
- Verbesserter Lebensstandard

- ab 1975 hohe Auslandsschulden, die nicht mehr getilgt werden
- stagnierender Lebensstandard
- Mangelwirtschaft
- Zusammenbruch der Sozialpolitik

Abfangen der DDR vor Staatsbankrott durch die BRD.

DDR International

- Aufnahme in die UNO 1973
- Anerkennung des Staates durch die USA '74
- Grundlagenvertrag '72 als Teilerfolg für die eigene Volkssouveränität

Kritik am Staat | Opposition | Systemkrise

- Umweltprobleme
- Systemkrise durch Stagnation der Wirtschaft
- berühmte Leute üben Kritik am System (Wolf Biermann, Robert Havemann, ...)
- Auftreten von Bürgerrechtsgruppen; Bezug auf KSZE-Schlussakte
- Ausreisewelle und Antragstellung Entlassung aus DDR-Staatsbürgerschaft
- Reformpolitik aus Russland stärkt Oppositionelle
- unbeirrbar planen der 40-Jahre-Feier der DDR

Höhepunkt: Wahlfälschungen bei Kommunalwahlen

Innerdeutsche Beziehungen

Vergleichs- und Interpretationswissen

Entwicklung der beiden Staaten im Hintergrund des Kalten Krieges darstellen

Die Entwicklung Deutschlands seit 1945 im Überblick

USA und westliches Ausland	Westzonen bzw. Bundesrepublik Deutschland	Sowjetische Zone bzw. DDR	UdSSR und östliches Ausland
1945	8.5.: bedingungslose Kapitulation Deutschlands 5.6.: Vier-Mächte-Erklärungen (Besatzungszonen, Kontrollrat) Juli/August: Potsdamer Konferenz	14.7.: Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien ab 15.9.: Bodenreform, Enteignung der Großbetriebe und ihre Verstaatlichung	russische Truppen bleiben länger als mit den USA vereinbart in Persien Errichtung von Volksrepubliken in Europa
1946	6.9.: Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes 2.12.: Errichtung der Bizone	19./20.4.: Vereinigung von KPD und SPD zur SED 2.12.: SED-Entwurf einer deutschen Verfassung	Bürgerkrieg in Griechenland (nationale Befreiungsarmee gegen kommunistische Befreiungsarmee)
1947	12.3.: Truman-Doktrin der USA zur Eindämmung des Kommunismus 5.6.: Marshall-Plan: Hilfsprogramm f. Europa		Herbst 1947: Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform)
1948	23.2.–3.6.: Londoner Sechs-Mächte-Konferenz (ohne die SU) plant nach dem Scheitern vieler Konferenzen mit der SU die Errichtung eines westdeutschen Teilstaates 17.3.: Brüsseler Militärvertrag 20.6.: Währungsreform	20.3.: SU verläßt den Kontrollrat: Ende der Vier-Mächte-Verwaltung 24.6.: Währungsreform	22.2.: Staatsstreich in Prag: ČSR Volksrepublik
1949	Dez. 1948 – 25. August 1949 Verhandlungen zwischen den Westmächten zur Gründung der NATO	Berliner Blockade Juni 1948 – Mai 1949 23.5.: Gründung der Bundesrepublik Deutschland (Grundgesetz)	Aufbau kasernierter Polizeieinheiten 30.5.: Verfassung der DDR verabschiedet 7.10.: Proklamation der DDR April: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, auch COMECON) gegründet – wirtschaftliche Zusammenarbeit der osteuropäischen Staaten
1950	9.5.: Schuman-Plan für wirtschaftliche Zusammenarbeit		September: Aufnahme der DDR in den RGW
1951	5.6.1950 – 10.7.1951 Korea-Krieg Waffenstillstand 1953	Kontrolle durch wirtsch. u. administrative Integration: 18.4.: Montanunion 7.5.: Aufnahme der Bundesrepublik im Europarat	
1952	Oktober: Plevin-Plan zur Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)	Diskussion über EVG und Stalin-Noten	ab März: Stalin-Noten: Angebot der Wiedervereinigung gegen die Neutralisierung Deutschlands
1953			Volksaufstand vom 17. Juni, niedergeschlagen von Volkspolizei und sowjetischen Truppen
1954	EVG scheitert im französischen Parlament Pariser Verträge: Beschluß, die westdeutsche Bundeswehr im Rahmen der NATO aufzubauen, WEU		
1955		5.5.: Souveränität der Bundesrep. Deutschland, Beitritt zur NATO	4.6.: Beitritt zum Warschauer Pakt 6.10.: Souveränität der DDR 14.5.: Gründung des Warschauer Paktes
1956			Februar: XX. Parteitag der KPdSU: Entstalinisierung Juni: Posener Arbeiteraufstand November: Ungarn-Aufstand

USA und westliches Ausland	Westzonen bzw. Bundesrepublik Deutschland	Sowjetische Zone bzw. DDR	UdSSR und östliches Ausland
1958 25.3.: Römische Verträge (EWG und EURATOM) ab Januar in Kraft		27.11.: Berlin-Ultimatum der SU: West-Berlin soll freie Stadt werden (3-Staaten-Theorie)	
1961	Berliner Mauer: Ende der Massenflucht am 13.8.		
1962 Oktober: Kuba-Krise			
1963 Beginn der Entspannungspolitik: amerikanisch-sowjetisches Atom-Test-Stopp-Abkommen			
1968			21.8.: „Prager Frühling“ vom Warschauer-Pakt niedergeschlagen
1971	3.9.: Vier-Mächte-Abkommen über Berlin: Garantie der Zufahrtswege		
1972	21.12.: Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (Gewaltverzichtsabkommen, in Kraft ab 21.6.1973)		
1973	18.9.: Beitritt der Bundesrepublik zur UNO	18.9.: Beitritt der DDR zur UNO	
1975 Rückzug der USA aus Südvietnam	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE Schlußakte von Helsinki 1.8.1975)		7.10.: Freundschaftsvertrag DDR – SU für 25 Jahre
1979			Dezember: Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan
1981			Kriegsrecht in Polen. Beendigung der Tätigkeit der freien Gewerkschaften „Solidarność“ (bis 1983)
1982 Verstärkte Unterstützung der Gegner der sandinistischen Regierung in Nicaragua			
1985			Gorbatschow: Beginn von Glasnost und Perestroika
1987	Vertrag über den Abbau von Mittelstreckenraketen zwischen der SU und den USA (INF)		
1988	Juli: Gorbatschows Konzept eines europäischen Hauses		Streikwelle in Polen; Einrichtung eines „Runden Tisches“
1989		Sommer: Massenflucht über Ungarn in die Bundesrep. 7. Okt.: 40. Jahrestag, Massendemonstrationen in Berlin, Leipzig usw. „Wende“ in der DDR	Mai: Öffnung der ungar.-österr. Grenze August: erste Streiks in der UdSSR; Baltikum fordert Unabhängigkeit Nov./Dez.: „Wende“ in der ČSSR Dez.: Sturz Ceauscuscus in Rumänien
	9. Nov.: Öffnung der Mauer		
	Demokratisierung der DDR		
	Wiedervereinigungspläne		
1990	1. Juli: Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion 12. Sept.: „Zwei-plus-Vier-Vertrag“: volle Souveränität für das vereinigte Deutschland		18.3.: erste freie Wahlen in der DDR zur Volkskammer Errichtung von 5 Bundesländern in Ostdeutschland 3. Okt.: Beitritt der DDR zur Bundesrepublik

- Reformen in Ungarn und Polen
 - In Polen wird die Regierung durch die Arbeitergewerkschaft Solidarnosc zu Reformbewegungen gezwungen
 - Ungarn versucht sich in Reformkommunismus
 - Grenzöffnung Ungarns zu Österreich

==> Flüchtlingsströme aus der DDR über Tschechien und Ungarn nach Österreich. Viele DDR-Bürger flüchten in die deutsche Botschaft der BRD in Ungarn und Tschechien. Folge waren humanitäre Probleme in den Botschaften. DDR gestattet freie Ausreise in Sonderzügen Außerdem müssen Flüchtlingslager in Ungarn errichtet werden.



Vergleich: unterschiedliches politisches Leben als Resultat der unterschiedlichen politischen Systeme

Interdependenz von innenpolitischer Entwicklung und außenpolitischer Integration

Daten und Begriffe

Aufstand in der DDR am 17. Juni

Die DDR-Führung muss in Folge des großen Drucks, der von der Sowjetunion ausgeht, bessere Lebensbedingungen schaffen.

Maßnahme: **Forcierung der Schwerindustrie** Auswirkung: **Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung**

Um wenigstens die Versorgung der Arbeitsgemeinschaft in den Betrieben sicher zustellen, schränkte die Regierung den Lebensmittelverbrauch einzelner Bevölkerungsgruppen ein und erhöhte die Arbeitsnormen

==> am 16. Juni ziehen Arbeiter der Baustelle Block 40 der Stalinallee in Ostberlin zum "Haus der Ministerien" um ihre Proteste zu formulieren. Erste politische Forderungen wurden erhoben. Am 17. Juni ziehen zehntausende Arbeiter auf die Straßen. Der Entschluss des SED-Büros, die Normenerhöhungen wieder rückgängig zu machen kam zu spät. Es kam zur Konfrontation mit der Volkspolizei. Die Demonstrationen greifen auch auf andere Städte über. Im Mittelpunkt der Forderungen stehen bald der **Rücktritt der Regierung**, die **Abhaltung freier Wahlen** und die **deutsche Einheit**.

Der Ausnahmezustand wird von der sowjetischen Besatzungsmacht erhoben und Truppen entsandt. Die Truppen schlagen den Aufstand gewaltsam nieder.

Der Aufstand ging auf das Konto der **Industriearbeiterschaft**, der Schicht, führt die die SED immer zu sprechen vorgegeben hatte, und nicht vom ganzen Volk aus. Die Schuld an dem Aufstand wurde jedoch auf westliche Kreise geschoben und als **konterrevolutionärer Putsch** gewertet.

18 Menschen wurden von den Sowjets standesrechtlich erschossen, weitere zum Tode verurteilt. Kritiker des Kurses der DDR-Führung wurden aus der Partei ausgeschlossen. Die Bundesrepublik ernannte den Tag zum **Symbol der deutschen Einheit in Freiheit**

Bau der Berliner Mauer

- vom am 13. August 1961 bis 9 November 1989 trennt sie die Menschen in Deutschland
- Bei Versuchen, die schwer bewachten Grenzanlagen in Richtung West-Berlin zu überwinden, kamen

mindestens 86 Menschen durch Gewaltakte seitens der DDR-Grenztruppen zu Tode.

- Walter Ulbricht auf die Frage: ob eine Mauer gebaut wird:

*Ich verstehe Ihre Frage so, dass es Menschen in Westdeutschland gibt, die wünschen, dass wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, dass eine solche Absicht besteht, da sich die Bauarbeiter in der Hauptstadt hauptsächlich mit Wohnungsbau beschäftigen und ihre Arbeitskraft voll eingesetzt wird. **Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!***

Bezeichnung der Mauer durch die...

Weststaaten: **Eingeständnis von Schwäche und Unmenschlichkeit** DDR: ... "**Antifaschistischer, antiimperialistischer Schutzwall**"

Die staatliche Einheit

Offizielle Formulierung:

Die staatliche Einheit

- Die Schülerinnen und Schüler können Ursachen und Besonderheiten der friedlichen Revolution in der DDR darstellen und erörtern;
- den Prozess der deutschen Einigung im internationalen Rahmen erläutern und sich fundiert mit den Chancen und Problemen des vereinigten Deutschlands auseinandersetzen.

Daten und Begriffe: 9.11.1989 Fall der Mauer; 1.7.1990 Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion; 12.9.1990 Abschluss der friedlichen Revolution; 20.9.1990 Verabschiedung des Einigungsvertrags; 3.10.1990 Beitritt der DDR zur Bundesrepublik; 2.12.1990 erste gesamtdeutsche Wahl; Montagsdemonstrationen; Runder Tisch; Treuhandgesellschaft; 2+4-Gespräche

Zusammenbruch der DDR

Demokratisierung des Ostblockes

- Lähmung des politischen Lebens durch die Krankheit Honeckers
- Unruhen in der DDR werden spürbar
- Im Anschluss an ein Friedensgebet kommt es in Leipzig am 4. September zu Demonstrationen

==> DDR-Führung lehnt Reformen, wie sie es in andern Ländern gibt, ab. Begründung: "Sozialismus ist an sich schon eine große Reform, deswegen werden von weiteren abgesehen"

Gorbatschow kommentiert diese Entscheidung, am 40. Geburtstag der DDR, mit dem Satz: "**Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben**"

- Ab dem 9. Oktober demonstrieren 70.000 Menschen für demokratische Reformen und gesellschaftliche Umgestaltung

--> Beginn der Montagsdemos

- Ausweitung der Demonstrationen auf das ganze Land. (bis zu 300.000)

Unter dem Druck tritt Honecker, aus "gesundheitlichen Problemen" am 18. Oktober zurück. Nachfolger wird **Egon Krenz**. Die von Krenz angekündigten Reformen bleiben aus.

Zusammenbruch des SED-Regimes

- Rücktritt Honeckers am 18. Oktober 1989
- Nachfolger Egon Krenz
 - keine angekündigten Reformen
- Rücktritt der gesamten DDR-Regierung unter Wilhelm Stoph am 7. November 1989
- Rücktritt des Politbüros am 8. November 1989

Ausbruch und Verlauf der Revolution

politische Gründe	Gesellschaftliche Gründe	Wirtschaftliche Gründe	Revolution 1989
SED als alleiniger Machthaber	Diskrepanz zwischen Verfassung und Ideologie	Ineffizienz der Planwirtschaft führt zu niedriger Lebensqualität	Starke, wachsende politische und gesellschaftliche Spannungen
politische Machtlosigkeit aller anderen Parteien	Zweiklassensystem	Unverhältnismäßig teure Luxusgüter	Massendemonstrationen und klare politische Forderungen wie Demokratie und Freiheit
Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis	Generationskonflikt, Veränderte Werte		Dynamischer und unblutiger Verlauf
Der Marxismus-Leninismus als Grundlage sind für alle und der Kommunismus als Endziel sind für alle Bürger verbindlich	Veränderung der sowjetischen Politik gegenüber den sozialistischen Brüdernländern		Repräsentation breiter Volksschichten am politischen Neuaufbau
Meinungsvielfalt, abweichende Meinungen oder Opposition sind nicht erlaubt.			Völlige politische Umstrukturierung und Neuverteilung der Macht
Grundrechte, Recht und Gesetzlichkeit gelten nur von der SED festgelegten sozialen Rahmen			
Zwang, permanente Kontrolle; Verfolgung und Ausschaltung von Andersdenkenden			

Fall der Mauer

Am 9. November 1989 wird auf einer Pressekonferenz im irrtümlich Vorgriff auf ein Reisegesetz die vollständige Reisefreiheit - "ohne Vorliegen von Voraussetzungen" - mit sofortiger Wirkung verkündet

Am selbigen Abend strömen zehntausende Ostberliner nach Westberlin.

DIE MAUER IST GEFALLEN

Willy Brandt vom Schöneberger Rathaus:

"Jetzt sind wir in der Situation, in der zusammenwächst, was zusammengehört"

Der Mauerfall ist der erste Schritt zur Demontage der DDR

Die deutsche Einigung

Der Weg zur Einheit 1989

Datum	International	DDR	BRD	Bemerkungen
2. Mai	Ungarn baut Grenze zu Österreich ab.	Fluchtbewegung über Ungarn/CSSR (bis Sept. 50.000)		Gemeinschaftsaktion Ungarn/Österreich
7. Mai		Kommunalwahlen: Fälschungen von Bürgerrechtlern veröffentlicht		Bestätigung lang vermuteter Tatsachen
8. Mai/23. Mai			Schließung der Botschaften in Prag, Budapest, Warschau, Ost-Berlin (Ständige Vertretung)	Keine Aufnahmekapazitäten mehr
11. September	Ungarn öffnet Grenzen für DDR-Bürger in den Westen			Beratungen Ungarn-BRD
30. September		Visa-Pflicht für CSSR; Entstehen „Neues Forum“	Genscher in Prag: Ausreiseerlaubnis für insgesamt 15.000	Lange Verhandlungen BRD-DDR: Honecker: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“
2. Oktober (dann wöchentliche Wiederholung)		Montagsdemonstrationen in Leipzig		„Wir sind das Volk!“
7. Oktober		40. Jahrestag der DDR in Ostberlin; Gorbatschow zu Besuch; Großdemonstrationen		Gorbatschow: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“
18. Oktober		Honecker und Politbüro treten zurück, E. Krenz wird Nachfolger		Kalter Putsch gegen die alte Garde
4. November		Großdemonstration gegen SED in Ost-Berlin (1 Million)		Größte Massendemonstration nach dem Krieg
7./8. November		Rücktritt Regierung und Politbüro	Garantierklärung des Bundestages für polnische Westgrenze	
9. November		Fall der Mauer durch versehentliche Äußerung G. Schabowski (SED)		Völlige Überraschung im Westen
13. November		Hans Modrow (SED) neuer Ministerpräsident	Gespräche mit Modrow	
28. November			10-Punkteplan Kohl: Konföderation, später Einheit	Im In- und Ausland umstritten
3. Dezember		Krenz tritt als SED-Vorsitzender zurück: Auflösung der Partei. Beginn „Runder Tisch“		Ende der 43-jährigen SED-Herrschaft
11. Dezember	Erstes Treffen der 4 alliierten Botschafter im Kontrollratsgebäude			Alte Allianz zwecks Friedensvertrag
19. Dezember	Mitterrand besucht Ost-Berlin	Modrow trifft Kohl in Ost-Berlin		Ergebnis der Verhandlungen
22. Dezember		Öffnung des Brandenburger Tores		

Der Weg zur Einheit 1990

Datum	International	DDR	BRD	Bemerkungen
15. Januar		Sturm auf Stasi-Zentrale		Vorherige, teilweise Aktenvernichtung
29. Januar		Regierung „der nationalen Verantwortung“ (runder Tisch)		Bürgerrechtler bestimmend
31. Januar - 2. Februar	Genscher: keine NATO-Erweiterung			Höchste diplomatische Aktivitäten
7. Februar	US-Außenminister Baker in Moskau			dito
10. Februar	Kohl in Moskau: Zusicherung Eigenständigkeit DDR			dito
13. 2.	Vereinbarung: 2+4-Verhandlungen			DDR+BRD+4 Alliierte
18. März		Erste freie Wahlen zur Volkskammer: Allparteienkoalition de Maiziere (CDU)		Überraschungssieg CDU (Allianz)
5. Mai	Erste 2+4-Konferenz in Bonn			Ständige Treffen auf Außenministerebene
30. Mai	NATO-Außenminister in Turnberry (Schottland)			Diskussion um Erweiterung und Rolle der SU
21. Juni		Volkskammer erkennt Westgrenze Polens an	Bundestag erkennt Westgrenze Polens an	
1. Juli		Währungs-Wirtschafts-und Zollunion mit BRD	Währungs-Wirtschafts-und Zollunion mit DDR	Erster Schritt zur Einheit
15. Juli	Gorbatschow und Kohl im Kaukasus: freie Bündniszugehörigkeit eines künftigen Deutschland			Schlüsse zur Einheit
23. August		Volkskammer beschließt Beitritt ihrer Länder zur BRD nach Art. 23 GG		Staatsrechtlich umstritten (Art. 146)
31. August		Einigungsvertrag	Einigungsvertrag	
12. September	Abschluss 2+4-Verhandlungen (am 15.3.91 in Kraft): Abzug der SU-Truppen, Bundeswehr reduziert auf 30000; ehem. Volksarmee zu Bundeswehr			Ind. Nato-Erweiterung; eigentlicher Friedensvertrag nach 1945
3. Oktober		Beitritt der Länder zur BRD	Erweiterung um neue Bundesländer	Staatsrechtliche Einheit
14. Oktober	Landtagswahlen			Sieg der CDU
21. Oktober	KSZE bestätigt deutsche Einheit			Internationale Bestätigung
2. Dezember		Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl	dito	Sieg der Regierung Kohl: „blühende Landschaften“

Internationaler Rahmen

- Zustimmung der Alliierten



"2 plus 4" Gespräche

Konferenz der Außenminister der vier Siegermächte und der beiden deutschen Staaten

- Gremium soll Aspekte der deutschen Einheit über wie Grenzfragen, Bündniszugehörigkeit und Truppenstärke klären
- vier Runden finden am 5. Mai in Bonn, am 22. Juni in Berlin, am 17. Juli 1990 in Paris (unter Beteiligung der Republik Polen), sowie am 12. September in Moskau statt.

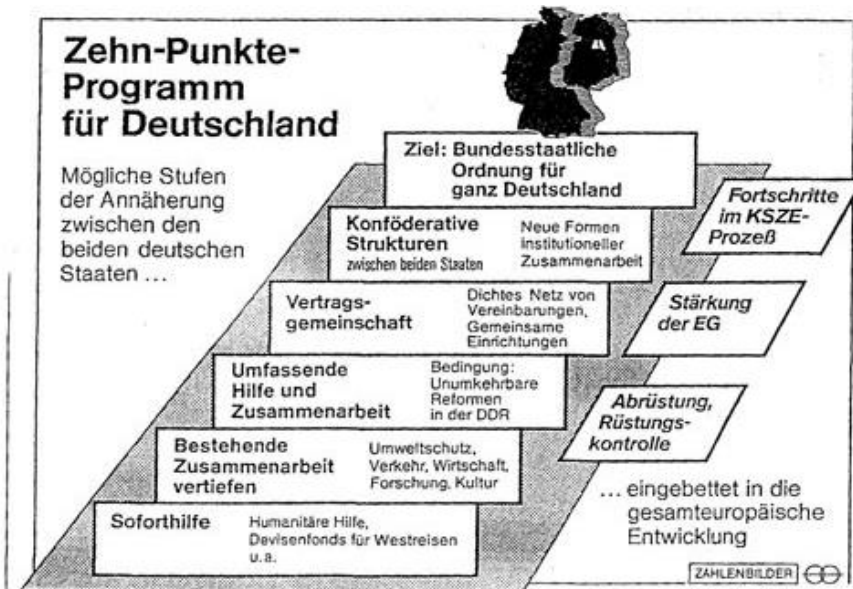
"2 plus 4" Vertrag

Bedingungen:

- Das vereinigte Deutschland umfasst das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und beide Teile Berlins.
- Die bestehenden Grenzen sind endgültig, das heißt, jegliche Gebietsansprüche Deutschlands, beispielsweise auf die seit dem Krieg zu Polen und der Sowjetunion gehörenden deutschen Ostgebiete, also östlich der Oder-Neiße-Linie, gehen verloren.
- Deutschland bekräftigt sein Bekenntnis zum Frieden und verzichtet auf atomare, chemische und biologische Waffen.
- Die Truppenstärke der deutschen Streitkräfte wird von 500.000 auf 370.000 Mann reduziert und beschränkt.
- Die sowjetischen Truppen werden vom Gebiet der ehemaligen DDR bis spätestens 1994 abgezogen.
- Atomwaffen und ausländische Truppen dürfen auf ostdeutschem Gebiet nicht stationiert sein; damit ist Ostdeutschland eine Atomwaffenfreie Zone.
- Die Viermächte-Verantwortung in Bezug auf Deutschland und Berlin als Ganzes wird beendet.
- Das vereinigte Deutschland erhält die volle Souveränität.

Nationale Gestaltung

- Vertragsgemeinschaft als Vorstellung der DDR-Führung
- Bevölkerung für schnelle Lösung
- Kohl legt 10-Punkteplan vor:



- Diskussion der DDR am "Runden Tisch" (Vorbild Polen)
 - keine konkreten Reformen
- SED versucht weiterhin die Machterhaltung
 - Ablehnung der Selbstauflösung

==> Druck der Öffentlichkeit steigt

- 10-Punkteplan bringt keine Konkrete Lösung
- CDU der DDR bekennt sich zur **Einheit der Deutschen Nation**
- Michail Gorbatschow unterstützt die Vereinigung
- Auf Vorschlag der Bundesregierung trifft sich eine Expertenkommission im Februar um die Einführung der DM alleiniges Währungsmittel in der DDR vorzubereiten
- gleichzeitig auf der Außenministerkonferenz (2+4) kommt es zu Gesprächen der vier Siegermächte und DDR und BRD

Am 1. Juli tritt die Währungs- Wirtschaft- und Sozialunion in Kraft

Unterzeichnung des 2+4-Vertrages am 12. September 1990 in Moskau

Um die Wiedervereinigung zu beschleunigen wurde sie vorgezogen statt dem 2 Dez. auf den 3. Oktober
 Rechtlich gesehen tritt die DDR als neue Bundesländer der Bundesrepublik bei. Am 1. Oktober gaben die Alliierten ihre Vorbehaltsrechte auf Berlin als Sonderstatus auf

Chancen und Probleme im Vereinigten Deutschland

• Chancen	• Probleme
<ul style="list-style-type: none"> • Goldgräbermentalität westdeutscher Firmen und Investoren • Migrationsprozess • Erneuerung der Infrastruktur im Osten (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit) • Auflösung der NVA und Übernahme "geeigneter" Offiziere in die Bundeswehr • Aufarbeitung der Stasiunterlagen (Gaukbehörde) 	<ul style="list-style-type: none"> • wirtschaftlicher Raubau der Industrie • Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft • DDR war industriell abgewirtschaftet • Arbeitslosigkeit steigt ab Anfang der 90er • Bevölkerungsrückgang • Neuverschuldung • Ausländerfeindlichkeit • Rechtsradikalismus